

„Das Heft, ich habe es gerade gelesen, ist, was es meiner ehrlichen Meinung nach wirklich ist; Scheiße!“ Unserer „ehrlichen Meinung nach“ finden wir in diesem Kommentar, der von einem Leser auf unserer Homepage hinterlassen wurde, die uneingeschränkte Bestätigung dafür, dass wir bisher nicht allzu viel falsch gemacht haben. Die Schmährufe, mit denen die Bonjour Tristesse regelmäßig konfrontiert wird, die Erklärung des Heftes zu „Klopapier“ und die Enttarnung der Redakteure als „Nestbeschmutzer“ zeigen, dass unsere Kritik doch hin und wieder genau dorthin trifft, wo sie wehtut. Gäbe es lediglich Applaus und Zuspruch, würden wir sofort von der Herausgabe der Bonjour Tristesse absehen. Wesentlich häufiger als nach dem Erscheinen der ersten Ausgaben wurde unser Blog – auf den hiermit noch mal ausdrücklich verwiesen werden soll – nach der Herausgabe des letzten Heftes angeklickt. Die Kommentare, die seit einiger Zeit nicht mehr nur en gros, sondern zu jedem einzelnen Beitrag hinterlassen werden können, ließen erwartungsgemäß nicht lange auf sich warten. Auf eine Kurzmitteilung („Folklore Blau-Weiß“), in der über den „Israeltag“ samt Humus- und Falafelmehl, das Ansinnen der „Deutsch-Israelischen-Gesellschaft“ (DIG) und des Vereines „El-Bait El-Arabi/Das Arabische Haus“, dessen Mitglieder oder Sympathisanten sich schon mehrfach als Antisemiten zu erkennen gaben, meldete sich beispielsweise der hallische DIG-Vorsitzende Detlef Haupt. Er frag-

Editorial

te verwundert: „Warum habt Ihr Euch nicht selbst mit einem Stand beteiligt und öffentlich für Israel Position bezogen?? Mitmachen ist allemal besser, als nur hämische Kritik!“ Auf dieses Lob des Mitmachens wussten wir dann auch keine Antwort. Fast noch interessanter war indes das Studieren der Suchbegriffe, über die User auf unsere Seite gelangten. Offenbar auf der Suche nach etwas gänzlich anderem, erreichen bedingt englischsprachige Internetuser unsere Webpräsenz regelmäßig mit den Suchbegriffen „suck my dig“ oder „suck dig“. Es tut uns furchtbar leid, Personen, die auf der Suche nach sexueller Erfüllung sind, oder gar von Obsessionen Geplagte mit unserer schnöden Bildergalerie des hallischen „Sternburgviertels“, in die sie geleitet werden, zu belästigen. Auch jene, die, möglicherweise um schwarzarbeitende Ausländer zu melden, „Ordnungsamt Lodersleben“ googelten, gelangten, wahrscheinlich zur eigenen Überraschung, zu unserer Kurzmitteilung über einen Brandanschlag auf polnische Erntehelfer („Der Osten lebt“). Eine größere Unterstützung waren wir wohl für den User, der „Oi Polloi Antisemitismus“ suchen ließ. Der Text „Punkrock Jihad“ sollte zur Unterfütterung seiner Annahme gereicht haben. Auch jenen, der „Nazi HFC“ in die Suchmaschine eingab, konnten wir wohl hilfreich sein. Während die schlechte Beziehung „Manu Chao George

Bush“ und die gute der hallischen Naziaktivisten „Uwe Nolte Sven Liebich“ mit uns noch zu klären sein dürfte, mussten wir beim Duo „Bob Dylan Uschi Obermaier“ einfach passen. „Antideutsche Lieder“ haben wir ebenfalls bisher nicht im Programm. Unser absoluter Favorit ist allerdings unser zuletzt gewonnener Fan, der unseren Blog über die „Brutpflege der Schollen“ erreichte – und bei Mario Möllers Artikel „Wir sind eine starke Gemeinschaft“ über Ostidentität und Nationalsozialismus steckenblieb. Das nennen wir doch mal einen gelungenen Blick über den Tellerrand. Möglicherweise arbeitet der Plattfisch-Wissenschaftler ja seitdem an diesem bisher unbekanntem Zusammenhang.

In dieser Ausgabe geht es um folgende Themen:

- » L – Eine Stadt sucht einen Mörder. Von Andreas Reschke und Mandy S. Dzondi.
- » If the Kids are united. Von Manfred Beier.
- » Der lange Schatten ... vom Nazi-Opa? Von der AG „no tears for krauts“.
- » Warum: Solidarität mit Israel? Von Philipp Lenhard.
- » Interview mit dem Freefighter Jesse Björn Buckler.
- » Ökonomie des Elends. Von Paul Desandren.

Darüber hinaus gibt es unter The same procedure ... wie immer eine Anthologie des alltäglichen Wahnsinns in der Provinz. Viel Vergnügen.

Andreas Reschke/Mandy S. Dzondi

L – Eine Stadt sucht einen Mörder

Im Sommer verschwand im Leipziger Viertel Reudnitz ein achtjähriges Mädchen und wurde kurz darauf tot aufgefunden. Die Stadt war auf den Beinen und demonstrierte für die „Todesstrafe“ oder, scheinbar harmloser, für „harte Strafen“. Wie solch eine Dynamik zu erklären ist, was hinter dem konsensuellen Ruf nach Todesstrafe für „Kinderschänder“ steht und warum keine vernünftigen Stimmen zu hören sind, wenn Kinder Opfer von Gewalttaten werden, erläutern Andreas Reschke und Mandy S. Dzondi.

In der Zeit nach dem Verschwinden und verstärkt nach dem Auffinden der Leiche von Michelle in einem See war Leipzig in einer Art Ausnahmezustand. Überall Polizei, die mit Blaulicht umher jagte. In Reudnitz wurde jeder kritisch angesehen, der sein Kind auf dem Schoß sitzen hatte. Selbst Väter, die ihrem Kind die Hand hielten, machten sich verdächtig.¹ Kinder wurden – und werden noch zum Teil – zuhause eingesperrt aus Angst, der Täter könne wieder zuschlagen. Die regionale Presse berichtete besessen über alle bekannt werdenden Details. Wie etwa die „Leipziger Volkszeitung“ (LVZ), die in einer

Slideshow „dokumentierte“, welche Gärten und welche Kleidercontainer die Polizei am Montag, Dienstag, Mittwoch usw. durchsuchte.

Der Volksmob konnte endlich wieder mit Gebrüll und Transparent auf die Straße gehen, aber diesmal nicht für visafreie Reisen bis nach Shanghai, den Olympiastandort Leipzig oder gegen Hartz IV, sondern gegen „Kinderschänder“. Schon einige Stunden nach dem Leichenfund gab es die erste Demonstration von Nazis und anderen ganz gewöhnlichen Reudnitzern. Auf „YouTube“ kann man sich schlechte Amateurvideos vom Reudnitzer „Unmut“ an-

schaufen und anhören, wie die Demo „Keine Gnade für Kinderschänder“ fordert und am liebsten selbst abdrücken will („Kinderschänder an die Wand“). Mütter ließen ihre Kinder „Todesstrafe für Kinderschänder“ rufen und brüllten selbst mit. Jugendliche Schläger, denen man den Stumpfsinn ansehen konnte, freuten sich im Vorfeld der Demonstration darauf, dass sie „unsere Kinder retten“ dürfen. Völlig aufgepeitscht, dass endlich mal was los ist, verbreitete sich die Information, dass die „Antifa die Demo sprengen will“ wie ein Lauffeuer unter den Banden. Doch die hatte Anderes zu tun. In einer Art Konkurrenzveranstaltung zu den – bei diesem Thema glaubwürdigeren – Nazis riefen die Linken einen Abend später zu einer Gedenkkundgebung auf: Am Connewitzer Kreuz sollte dem Mädchen gedacht werden, „ohne eine Politisierung zu betreiben“². Durch den ostentativ vorgetragenen Betroffenheitsjargon der Linken³ wirkt deren Abgrenzung von den Reud-

nitzer Nazis wie reines Bekenntum. Tatsächlich dürfte es kaum mehr sein.

Die Linken trafen sich also zum kollektiven Trauern mit Hinz und Kunz, politische Forderungen wurden von vornherein ausgeschlossen. Vielleicht versuchte man dem Vorwurf zu entgehen, der den Nazis zunächst auf „Indymedia“, später in den regionalen und überregionalen Medien gemacht wurde: politische Instrumentalisierung. Noch einmal demonstrierten Reudnitzer Eltern mit ihren Kindern – Nazis waren natürlich auch dabei – für die Todesstrafe, bis sie von der Polizei und der Zivilgesellschaft darauf hingewiesen wurden, dass die Rechten doch nicht so duffe sind. Letztere, angeführt von der Bürgerinitiative „Buntes Reudnitz“, traf sich selbst, um gegen die Instrumentalisierung des Gedenkens durch „Rechtsextreme“ einzustehen und forderte dann, kaum verklausuliert, das Gleiche. Die Todesstrafe verurteilt man, aber es gibt ihn doch, den „verständlichen Ruf nach einer harten Bestrafung der Täter“⁴. Dass das Bedürfnis der Reudnitzer, sich durch die Teilnahme an dieser Veranstaltung von den Rechten zu distanzieren, eher gering war, ist dabei nur eine Randglosse.

Der Reudnitzer Trumpf

Die Forderung, dass die Todesstrafe für „Kinderschänder“ einzuführen sei, beinhaltet stets den Wunsch, diese selbst umzusetzen. Die Gewalt an „Volkschädlingen“ soll direkt vom Volk ausgeführt werden; die Vermittlung durch Rechtsstaatlichkeit wird dabei als störend empfunden. Solcherart direkte Demokratie mündet letztlich in den autoritären Ruf nach Führer und Volksstaat. Aussagen wie, dass „wir jemanden brauchen, der hier mal kräftig ausmistet“, sind vor allem in Stadtteilen mit hohem Anteil von Hartz-IV-Empfängern und Nazis zu hören, in Stadtteilen wie Reudnitz also.

Als bereits vor anderthalb Jahren ein Kind vergewaltigt und umgebracht wurde, fielen die Reaktionen vergleichsweise moderat aus. Die damalige Suche nach dem Mörder verfolgten viele Leipziger sehr intensiv und interessiert. Eine reaktionäre Bewegung für die Hinrichtung des Täters wie in diesem Sommer gab es allerdings nicht. Dass im Mordfall in diesem Sommer eine regelrechte Hysterie ausbrach, liegt nicht zuletzt an den Reudnitzer Verhältnissen, die beispielhaft für all jene Zonen stehen, wo Menschen hausen, die vom Arbeitsmarkt nichts zu erwarten haben. Es sind jene Viertel, in denen die Bundesagentur für Arbeit der Hauptgeldgeber ist und der Umzug in bessere Gegenden und ein besseres Leben unmöglich scheint.⁵ Die meisten dieser Überflüssigen und Chancenlosen, die in der zentrumsnahen Peripherie des Kapitals wohnen, versuchen sich durch demonstrierte Zugehör-

igkeit zum Volk als unersetzlich unter Beweis zu stellen. Das ist der einzige Trumpf im Leben, den sie zu haben glauben; das Einzige was sie vermeintlich aufwertet. Diese Aufwertung ist allerdings nicht umsonst. Die permanente Verfolgung der anderen, die nicht dazugehören, ist ihr immanent. Dies muss nicht stets durch Gewalt geschehen; sie ist allerdings immer mit angelegt. Oft sind es die sogenannten bildungsfernen Schichten jenseits von Markt und Verwertung, die besonders direkt und unvermittelt agieren. Das bedeutet allerdings nicht, dass dieser Hass endemisch ist. In anderen Teilen der Gesellschaft wird dieser Vernichtungswunsch lediglich chiffriert als „harte Strafe“ artikuliert.

Würde es Nazis, die bei jeder Gelegenheit die „Todesstrafe für Kinderschänder“ herbeisehnen, und anderen Demonstranten wirklich um das Wohl der Kinder gehen, müssten sie sich für flächendeckende und umfangreiche Therapieangebote einsetzen – das Gegenteil ist der Fall. Das Land Brandenburg findet derzeit noch nicht mal einen Vermieter für eine Therapieeinrichtung für entlassene Sexualstraftäter. In Magdeburg gab es bei einer Ambulanzeröffnung heftige Proteste der Anwohner, in Halle demonstrierten lediglich Nazis gegen das Therapieangebot.

Zu den im Grunde meist eher diffusen und ungerichteten Vernichtungswünschen machen in Leipzig vor allem zwei Umstände die Besonderheit des Falls aus, aufgrund derer sich die Verfolger auf ein konkretes Feindbild fixieren können, das die geballte Wut auf sich vereinigt: 1. Wenn sexuell aufgeladene Themen eine Verfolgung begründen, erhält sie eine eigene Dynamik. 2. Das Opfer ist hier ein Kind. Wesentlich, um das Geschehene zu verstehen, ist eine Betrachtung der Wahrnehmung von Kindern in der Gesellschaft und deren Implikationen.

„Schwanz ab!“ und Kastrationswünsche

Die Rufe nach der „Todesstrafe für Kinderschänder“ griffen schon Adorno et al. in den „Studien zum autoritären Charakter“ auf. Betrogen um die Verwirklichung grundlegender Wünsche durch ein System von Selbstbeschränkung, gilt die eigentliche Kritik der Autorität, zu der der Autoritäre aber nicht in der Lage ist. Seine Aggression richtet sich gegen jene, die die Regeln verletzen. Da die Reudnitzer Mutti und ihr Nazi Sohn ihren eigenen Gefühls Haushalt als „anständig“ begreifen, externalisieren sie jene sexuellen wie aggressiven Impulse, die als Ich-fremd und unbewusst bestehen bleiben, und richten sie eben auf Fremde, Schwule, Pädophile und Sexualstraftäter: „Eigene, übermächtige Impulse, die man sich nicht einzugestehen wagt, werden zwar erahnt, aber mit aller Macht auf andere projiziert, weil nicht

sein kann, was nicht sein darf.“⁶ Die Bekämpfung von angeblichen oder tatsächlichen Übertretern der Sexualmoral ist vor allem eine allgemeine Straflust, die sich an diversen, austauschbaren „Gemeinschaftsschädlingen“ abarbeitet. Die Jagd nach dem Täter stößt auf Beifall bei den Massen und Autoritäten, auch wenn sie, wie im Mordfall des Mädchens Michelle, „nur“ nach harten Strafen rufen. Den Aufruf der Bürgerinitiative „Buntes Reudnitz“ unterschrieben übrigens alle Parteien von der Linken bis zur CDU und der Oberbürgermeister Leipzigs.

Bei sexuell aufgeladenen Themen ergibt sich eine Verschärfung der Verfolgung, da sich der Verfolger im zu Verfolgenden wiedererkennt. Dem „Kinderschänder“ neidet man, dass er – im Gegensatz zu einem selbst – angeblich seinen Trieben freien Lauf lässt. Um Mitgefühl mit den Kindern geht es meistens gar nicht. Das Vernichtungsbedürfnis schlummert nicht einmal unterhalb der Oberfläche, wie die Sprechchöre der Reudnitzer Demonstrationen und die Kommentare auf „Indymedia“ und im LVZ-Forum zeigen. Auf „Indymedia“ wurde diskutiert, ob ein Sexualstraftäter ein „Monster“ oder doch eher ein „Vieh“ sei – also auf keinen Fall ein Mensch. Folgerichtig hat er kein Recht zu leben – ein zentrales Anliegen des Mobs. Im LVZ-Forum forderte etwa „Gerd1054“: „Keine Samthandschuhe für den Mörder“, und „user125“ wünschte sich die Angehörigen als Richter: „Vielleicht sollte man das wieder den nächsten Angehörigen überlassen, denn die spüren ihr ganzes Leben lang den Schmerz und was man ihnen angetan hat.“ Mit diesem Kommentar lässt „user125“ allen Gewaltphantasien der Leser freien Lauf und schränkt sie nicht durch ein konkretes Strafurteil ein. Zugleich verlangt er eine unvermittelte Herrschaft, in der die Familienhorde die Macht innehat. Auf einem bekannten Antifa-Blog imaginierte sich dann „Kopfguerillero“ selbst als Betroffenen und schrieb das nieder, was allen Mochtegern-Vollstreckern in den Köpfen rumspukt: „Ich habe auch eine Tochter. Und ich würde den Typen umbringen, wenn er das mit meiner Kurzen machen würde und ich ihn in die Finger bekäme (nein, ich fordere keine Todesstrafe!).“⁷

Eifrige Fahnder

Menschen, die als zivile Fahnder das Netz nach Kinderpornos durchforsten und dabei eine Leidenschaft entwickeln, die sie in anderen Lebensbereichen nicht aufbringen können, tun dies in den seltensten Fällen, um Kinder tatsächlich vor Missbrauch zu schützen. Es ist vielmehr ein Hobby für sie; sie tun das, auch wenn nicht bewusst, gerne. Die stundenlange Suche nach Bildern und Videos, in denen Kindern sexuelle Gewalt angetan wird, hat ganz offenbar einen Reiz für sie. In

Gesprächen, die man im Sommer auf den Reudnitzer Straßen aufschnappen konnte, malten sich die Stadtteilbewohner aus, wie das Kind sexuell missbraucht wurde. Die Beschäftigung mit sexuellen Misshandlungen hat etwas sehr Obsessives. Da aber diese Obsession und die eigenen sexuellen Impulse nicht ausgelebt werden dürfen, werden umso leidenschaftlicher diejenigen verfolgt, die es dennoch tun. Auch in dem Fall reicht ein Blick in die „Studien zum autoritären Charakter“: „der Autoritäre muss die moralische Lässigkeit, die er bei anderen sieht, nicht nur verurteilen; er wird getrieben, sie zu sehen, ob Anhaltspunkte gegeben sind oder nicht“⁸. Da verwundern kaum noch die 1,47 Millionen Einträge bei „Google“ zum Stichwort „Kinderpornografie“ und auch nicht die zahlreichen Links zu Websites von privaten Usern, die sich selbst zum Beispiel als „APK-Team“, also als Antipornografie-Team, bezeichnen und haargenau erklären, was bei einem Fund zu tun sei⁹.

Gerade Pädophilen, die mit „Kinderschändern“ in eins gesetzt werden, gilt ein besonders heftiger Hass. Unter „Pädophilie“ wird eine erotisch-sexuelle Neigung verstanden, die sich auf Kinder bezieht. Die große Mehrheit der Pädophilen lebt ihre Phantasie heimlich aus (mit Katalogen für Kinderkleidung o.ä.) und würde nie ein Kind anfassen. Sie haben oft einen großen Leidensdruck und leben häufig sozial isoliert. Sexueller Missbrauch von Kindern, der im Übrigen in seiner übergroßen Mehrheit im familiären Umfeld stattfindet, hat selten etwas mit Pädophilie zu tun. Unterdrückung, Unterwerfung und Macht spielen dabei oft viel mehr eine Rolle als die „Knabenliebe“.

Gemeinhin heißt es, wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Doch der Reudnitzer Lynchmob würde am liebsten das ganze Glashaus zerlegen:

Ein angeblicher Jugendamtsmitarbeiter berichtet auf „Indymedia“ von der Konstitution der Anwohner des Viertels: „Einige dieser Frauen sind besonders schwere Fälle. Ohne Hilfe wären viele ihrer Kinder schon verhungert. Gewalt als Erziehungsmaßnahme gehört in diesen Familien zur Tagesordnung. Immer wieder müssen Kolleginnen von mir Kinder für eine gewisse Zeit aus den Familien nehmen. Oft geht die Gewalt von den Vätern aus. Gerade bei den oben genannten Frauen sind die Kindesväter aus dem rechten Milieu. Sehr oft spielen Alkohol und Drogen eine Rolle bei den Gewaltausbrüchen. Wenn hier von Missbrauch gesprochen wird, dann bitte erst vor der eigenen Tür kehren“. Ob der Autor dieser Zeilen tatsächlich beim Jugendamt arbeitet, ist letztlich egal: Vorstellbar ist es allemal. Kenner des Viertels wissen um den Wahrheitsgehalt dieser Aussage. Es ist vor allem jenes beschriebene Milieu, das besonders unverdrossen

und bedrohlich nach dem Mörder Michelles fahndet und diesem nach dem Leben trachtet. Von Michelle wird in der Presse geschrieben, dass sie nicht mit Fremden mitgehen würde. Die Polizei vermutete den Täter im Reudnitzer Milieu. Es sind Leute aus diesem Umfeld, die besonders laut nach dem Tod des vermeintlichen oder tatsächlichen Täters¹⁰ schreien.

Kinder als Projektionsfläche für grenzenlosen Genuss

Während es bei Übertretungen der sexuellen Norm ohnehin große Verfolgungsgelüste gibt, wird der Wahn ungleich größer, wenn Kinder die Opfer sind. Selbst Mitglieder von Antifa-Gruppen, die bei anderen Themen etwas schlauer wirken, als sie offenbar sind, faseln und schreiben so wie die Nazis. Auf „Indymedia“ fiel es sogar den Administratoren schwer zu entscheiden, welche Kommentare unter den Artikeln als „Nazi-Postings“ gelöscht werden sollten und welche aus linker Feder stammen. Wenn Kinder die Opfer von Gewalt sind, setzt jede Vernunft aus. Diese besondere Empfindlichkeit kann allerdings nicht mit der Verletzlichkeit der Kinder selber erklärt werden. Relevant ist vor allem, wie sie von der Gesellschaft wahrgenommen werden. Dabei stellt sich schnell heraus, dass es nicht Fürsorge, Liebe und Schutz für die Kinder sind, die die Menschen umtreiben, sondern häufig der Neid. Kindern werden Attribute zugeschrieben, die man zwar selbst eigentlich gerne hätte, sich aber nicht zu wünschen traut. Sie müssen nichts leisten, nicht arbeiten und können den ganzen Tag das machen, was ihnen gefällt. Sie müssen nichts für ihr Essen tun, ihnen verzeiht man jeglichen Unfug und den Toilettengang müssen zumindest die Kleineren unter ihnen auch nicht in der gewünschten Sterilität vollziehen. Sie dürfen schreien und weinen, wenn sie etwas nicht bekommen, und niemand darf dann sauer auf sie sein. Die Kinder müssen weder für ihr Handeln noch für sich selbst Verantwortung übernehmen. Sie müssen sich also um nichts kümmern, bekommen und dürfen aber alles, was sie wollen und werden obendrein bedingungslos geliebt. Die Situation der meisten Kinder sieht selbstverständlich nicht ganz so rosig aus, wie sie die Erwachsenen gerne se-

hen. Ihr Kinderbild ist vielmehr eine Projektion eigener Bedürfnisse. Die Eltern möchten nämlich genau das Leben, das sie ihrem Nachwuchs zuschreiben. Harte Arbeit, Konsequenzen für das eigene Handeln und das Wissen um die eigene Unnützlichkeit behagen selbstverständlich niemandem. Einsicht in das falsche Ganze, also das Wissen um eine Gesellschaft, die sich nur um das Kapital, nicht aber um den Einzelnen dreht, ist leider meistens nicht die Reaktion auf diese unangenehme und feindlich gesinnte Außenwelt. Überwiegend wird auf kindliche Allmachtsphantasien regrediert. Man würde gerne ein Leben ohne Verantwortung und Druck führen. Da dies allerdings nicht geht, bleibt eine Menge Frust über, der eben nicht gegen die schlechten Verhältnisse gerichtet ist, sondern sich autoritär gegen die wendet, denen es vermeintlich besser geht. Unter anderem trifft dies eben die Kinder, die angeblich all das machen und dürfen, was man selbst nicht kann. Dieser Neid bestimmt häufig die Beziehung zu den Kindern. Gerade mit dem Herumlaufen eines „Kinderschänders“ hat man nun etwas gefunden, das man dem Nachwuchs ständig unter die Nase reiben kann. Ihm wird eingepflegt, dass er auf alles und jeden misstrauisch reagieren soll. In der Schule wird den Kindern erklärt, was man schreien und wohin man treten soll, wenn man von einem Fremden nach dem Weg gefragt wird. Die Kleinen versetzt man in einen permanenten Angstzustand, um ihnen letztlich auch das zu vergällen, was an Kindheit tatsächlich schön und angenehm ist. Die Unbeschwertheit und das Grundvertrauen weichen einer Skepsis und Menschenfeindlichkeit, die den Eltern selbst eigen ist.

Neben den projizierten Attributen kommen noch reale Gründe für die Ablehnung der Kleinen hinzu. Kinder sind die Personifizierung des Endes der Jugend. Nächstelang rumsaufen und lange Weltreisen gehen nun nicht mehr. Windelwechseln, schlafraubendes Geschrei zu jeder Tages- und Nachtzeit und später dann Kampf um die Hausaufgaben und Rumgeizicke sind von nun an lebensbestimmender Alltag. Der Nachwuchs schiebt einen mit seiner Geburt von der angeblich wilden Jugendzeit in die triste Erwachsenenwelt. Im

BAHAMAS
Nr. 56 Herbst 2008

weiße Rasse – schwarze Klasse

Obama: der nächste Jimmy Carter ● Islamkritik und Politik im Namen des Volkszorns ● Deutsche entdecken ihre Seele in naturnahen Waren ● Georgien: Amerikas Lieblingskind geht jetzt zur Hölle ● Autobiographie eines ex-weißen Mannes ● Wie aus Elend Identität und Kultur wird ● Europa: Kultur als Propaganda ● Gremliza: Der größte Kommunist im ganzen Land ● Der Niedergang der FARC und das bessere Kolumbien ● Was ist „neokonservativ“ im „alten Europa“ ● Linke Stadtsoziologie und Berliner Volksfront: Gemeinsam gegen „Gentrification“ u.a.m.

5 EUR (Briefmarken): **BAHAMAS**, Postfach 620628, 10796 Berlin
Tel./Fax: 030 / 6236944 und redaktion@redaktion-bahamas.org
www.redaktion-bahamas.org

Job muss es wegen der Kinder zudem Einschränkungen geben und eine Menge Geld geht ebenfalls drauf. Man ist nicht mehr Herr seiner selbst, sondern muss sich immer um die Kleinen kümmern. Die Wut auf die Kinder ist dabei unendlich. Solche Gefühle können allerdings unter keinen Umständen zugelassen werden. Der Druck, eine perfekte Mutter und ein perfekter Vater zu sein, ist in Zeiten der „Super-Nanny“ grenzenlos. Die an sich selbst gestellte Anforderung, man muss mit dem Kind immer alles richtig machen, ihm jeden Wunsch gewähren und es immer und bedingungslos lieben, ist letztlich unerfüllbar. Ab und zu trampeln die Kinder einem so sehr auf den Nerven herum, dass man selbst Gewaltphantasien ausbildet. Solche Affekte sind völlig normal und ungefährlich, da sie nicht in die Tat umgesetzt werden. Problematischer ist es dagegen, wenn man sie verdrängt. Das Schuldgefühl, da man den Unmut ja trotzdem verspürt, steigt ins Unermessliche. Man zweifelt an den eigenen Fähigkeiten als Mutter oder Vater. Die Wut überträgt sich schließlich auf den Grund des Dilemmas: das Kind. Diese Form von Überforderung führt logischerweise häufig zu solchen Kurzschlussreaktionen, wie sie in den letzten Jahren häufiger publik geworden sind.

Das schlechte Gewissen, dass das, was nicht sein darf, trotzdem ist, also dass man die eigenen Kinder hasst und man als Elternteil versagt hat, ist ein wesentlicher Motor bei Dynamiken, wie sie in Leipzig offenbar wurden. Die eigenen Gewaltphantasien werden unterdrückt, dem Täter neidet man insgeheim, dass er mit den gesellschaftlichen Konventionen gebrochen hat. In der Psyche fungiert der Täter als das Es, das die volle Aggression am Kind auslebt. Das bedrohliche Über-Ich verlangt bedingungslosen Einsatz für das Kind. Der Mob zieht los, um das Es mit dem Beelzebub auszutreiben. Er jagt letztlich nicht den Täter, sondern seine eigenen Triebe. Dies ändert allerdings nichts daran, dass man, ohne lange zu zögern, den Täter genüsslich aufknüpfen würde, bekäme man ihn zu fassen.

Anmerkungen:

- 1 Schon nach wenigen Tagen vermeldeten die Fahnder den Eingang von 600 Hinweisen aus der Bevölkerung. Sie boten allesamt „keine heiße Spur“ („Mitteldeutsche Zeitung“ vom 27.08.), waren wahrscheinlich eher denunziatorischer Natur.
- 2 <http://leipzig.noblogs.org/post/2008/08/22/kundgebung-heute-21h-connewitzer-kreuz>.
- 3 Keine Verlautbarung der Leipzig Linken zum Thema kam ohne den Verweis aus, dass dem Mädchen ein schreckliches Schicksal widerfahren sei. Auf „Indymedia“ wurde zum Beispiel ein Text mit dem Bekenntnis begonnen, dass dieser Beitrag keinen Versuch darstelle, „den gewaltsamen Tod eines Kindes zu bagatellisieren, die Tat als solche zu verharmlosen bzw. dem/den Täter(n) Rückhalt zu bieten.“ Selbstverständlichkeiten, wie dass der Sexualmord an dem Mädchen höchst verachtenswert ist, müssten eigentlich gar nicht ausgesprochen werden. Wenn man aber dennoch immer wieder darauf beharrt, liegt die Vermutung nahe, die Leipziger Lin-

ken sehen ihre Felle im Buhlen um die Bevölkerung davonschwimmen und adaptieren das Bekennternum und den Verfolgenseifer des Restes der Stadt.

- 4 <http://www.buntes-reudnitz.de/downloads/brief20080829.pdf>.
- 5 In Reudnitz gibt es zwar regen Zuzug von Studenten, die durch die billigen Wohnungen und die Innenstadtnähe angezogen werden, meist aber sofort wieder verschwinden, sobald sie etwas mehr Geld verdienen. Da es hier überhaupt noch Fluktuation mit anderen Schichten gibt, ist das Viertel bei weitem nicht das Schlimmste. In Leipzig-Stötteritz, Magdeburg-Buckau oder Halle-Trotha landen dagegen kaum Studenten. Hier, wo die Autochthonen regieren, sind die beschriebenen Phänomene noch deutlicher zu sehen.
- 6 Adorno, Theodor W., Studien zum autoritären Charakter. Frankfurt/Main: Suhrkamp 1995.

7 <http://leipzig.noblogs.org/post/2008/08/22/kundgebung-heute-21h-connewitzer-kreuz>.

8 Adorno, S. 52.

9 <http://www.anti-kinderporno.de>.

10 Einige Tage nach dem Verschwinden des Mädchens erschien in der Bild-Zeitung ein Phantombild eines angeblichen Sexualstraftäters. Ob dieser etwas mit dem Fall zu tun hat, war nicht einmal Spekulation, sondern reine Phantasie bzw. Hetze. Nicht auszu-denken, was geschehen wäre, wenn der Reudnitzer Mob auf eine Person getroffen wäre, die der Person auf dem Phantombild auch nur ähnelt. Ein anderer Pädophiler, der im Zuge der Ermittlungen verhört wurde, aber „zu keinem Zeitpunkt als Verdächtiger geführt worden“ sei – wie der MDR schreibt –, hatte kurz nach dem Verhör Selbstmord begangen. Hier kann man sehen, wie hoch der Druck ist, dem pädophile Menschen ausgesetzt sind.

Manfred Beier

If the kids are united

Am letzten Juliwochenende eines jeden Jahres erfasst eine seltsame Reisewelle weite Teile der Republik. Auch aus Halle starten regelmäßig ganze Heerscharen mit Irokesenhaarschnitten, Exploited-Aufnähern und an Nietengürteln hinter sich hergezogenen Bierkästen. Die sonst üblichen Szenetreffe wie der hallische Marktplatz und die an der Saale gelegene Peißnitzinsel leeren sich, der Sternburverkauf der Supermärkte geht deutlich zurück, Tierauffangstationen haben Hochkonjunktur und selbst die Schnorrer vom Hauptbahnhof sind auf wundersame Weise verschwunden. Ihr Ziel: das Punkfestival „Force Attack“ an der Ostsee.

Das „Force Attack“ in der mecklenburgischen Provinz gilt mit seinen knapp 15.000 Besuchern als das weltweit größte Festival für Punkmusik. Das Festivalgelände – eine große Wiese nahe des Örtchens Behnkenhagen¹ – ist wohl das, was in der Linken gemeinhin als „Freiraum“ bezeichnet wird: „Ganz ohne Bullenstress, ohne Ruhestörungsanzeigen, ohne gesellschaftliche Konditionen“ könne man „alles tun und lassen“, um „fernab polizeilichen Zugriffs nahezu vollkommene Freiheit“ zu genießen.² Geradezu euphorisch begründet ein User auf dem linken Nachrichtenportal „Indymedia“ seine Liebe zum „Force Attack“ dann auch folgerichtig damit, auf „keinem anderen Festival [...] dermaßen die Sau rauslassen“ zu können.

Wer sich also als randständiger Anhänger von Punkmusik – eingefleischte Fans wissen ohnehin, was sie erwartet – nach dem Eintreffen auf dem Festivalgelände tatsächlich dafür entscheidet, dort zu bleiben³, kann viel über die Verfasstheit einer Subkultur lernen, deren Selbstbezeichnung „Pöbel und Gesocks“ seltsamerweise darauf hindeutet, dass zwischen Eigen- und Fremdwahrnehmung der Szene offenbar keinerlei Differenz besteht. So gehört es in Behnkenhagen seit Jahren zum inoffiziellen Rahmenprogramm, dass sich Festivalbesucher in so genannten Müllschlachten gegenseitig mit Abfällen, darunter Bierkästen, „Flaschen, Steine und vollgepisste Dosen“, bewerfen. Wem so etwas gefällt, der soll das tun. Doch Besucher berichten außerdem, dass Zelte „aufgeschlitzt und ausgeräumt“, „komplett gestohlen“ oder angebrannt wurden. Ein Augenzeuge beschrieb weiterhin,

dass „ein Zelt angezündet worden“ sei, in dem „vier Menschen drin waren und schlafen wollten“ – und die sich nur deshalb retten konnten, weil zwei der Anwesenden glücklicherweise nüchtern gewesen seien und noch nicht schliefen. Der umstehende „Rest hat sich mal ganz schnell verpisst“.

Doch auch die Betreiber des Festivals selbst gaben sich redlich Mühe, sich nicht allzu sehr von den bundesweit angereisten Punkfans zu unterscheiden: Ein offenbar betrunkenen Mitarbeiter der Crew fuhr in später Nacht mit einem mehrere Tonnen schweren Radlader über ein Zelt, in dem drei Personen schliefen. Zwei von ihnen mussten mit schweren inneren Verletzungen (Lungen- und Leberquetschung bzw. -riss) auf die Intensivstation, einer lag mehrere Tage im künstlichen Koma. Der Fahrer flüchtete mitsamt seinen Kumpanen nachdem er das Zelt noch ein zweites Mal überrollt hatte und stellte sich später – offenbar erst nach seiner Ausnüchterung – selbst der Polizei. Bis dahin tobte der Meinungsmob, der „keine Zusammenarbeit mit den Bullen“ verlangte und sich lieber im Täterschützen übte, als den Behörden bei der Aufklärung dieses „tragischen Unfalls“ behilflich zu sein.

Da viele Punkfreunde ihre Notdurft ohnehin an oder in die Zelte anderer Festivalgäste verrichteten, wurde konsequenterweise mehrfach versucht, die dadurch überflüssig gewordenen Stell-WCs („Dixie-Klos“) anzuzünden, was „in einem Fall erfolgreich (war), so dass acht Toiletten den lodernen Flammen zum Opfer fielen“. Die Feuerwehr weigerte sich, die Brände zu löschen, weil sie – wie bereits in den Vorjahren geschehen – „befürchtete, mit Flaschen und Steinen von Punkern angegrif-

fen zu werden“. Am Sonntag, dem dritten Festivaltag, loderten auf dem Gelände bereits überall Brände, die mit Zelten, Müll und was sich auf dem Gelände sonst so fand weiter angefacht wurden. Als offenbar nichts Verwertbares mehr übrig war, wurde das Fahrzeug eines Punks in Brand gesteckt. Ein Vergnügen, das scheinbar nur deshalb nicht zum Massenphänomen avancierte, weil das alternative Werfen von Campinggaskartuschen in offene Feuer wenigstens eine ordentliche Explosion versprach. Vor dieser Kulisse von „andauernd [...] wie Granaten“ explodierenden Gasflaschen kam es während der Festivaltage zu dutzenden Schlägereien zwischen rivalisierenden Gruppen wie Punks, Antifas oder Skinheads. Fand sich kein Angehöriger einer gegnerischen Subkultur, schlug man sich untereinander. Ein Sanitäter war „sehr erschrocken über den Patientenrekord, den wir schon am zweiten Tag erreicht hatten“. „Ich dachte, ‚höher als letztes Jahr kann es nicht werden‘, aber die Zahl der durch Gewalt verursachten Wunden nahm zu.“ Als ein Mob versuchte, den Backstagebereich zu stürmen, zerstörte er zwar die Absperrungen, konnte dann jedoch von den Mitgliedern der diesmal offenbar aufmerksamen Security gestoppt werden. Doch die kollektive Entemmung hört bei Rudelbildungen und Massenschlägereien nicht auf. Ein offenes Geheimnis sind Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe gegen Frauen sowie homophobe Beschimpfungen. Nicht umsonst wurde ein Zelt eingerichtet, in dem sich „Opfer von Gewalt oder sexuellen Übergriffen melden und Schutz suchen konnten“. Hier gab es, wer hätte das gedacht, „viel zu tun“. Ein Besucher: „Das Thema der Vergewaltigungen möchte ich gar nicht weiter aufgreifen, dazu muss man nichts sagen.“ Soll heißen: Alle wissen Bescheid, aber „vollkommene Freiheit“ hat eben ihren Preis. Oder: Wo gehobelt wird, fallen Späne. Ein anderer Gast brachte es in seinem Resümee dann auch auf den Punkt: Das Zelt sei „sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung“. Aber: „Wir hatten wie jedes Jahr viel Spaß und kommen [...] sicher wieder.“ Die Mehrheit sah das nicht so „differenziert“ und machte sich, wenn sie nicht gerade versuchte, den wohl einzigen halbwegs sicheren Bereich auf dem Gelände „einzunehmen“, über die dort ausharrenden Frauen lustig.

Diese Zeilen lesen sich nicht zufällig wie eine Kriegsberichterstattung aus einem Krisengebiet. Die Außerkraftsetzung grundlegender Regeln menschlichen Zusammenlebens, also der Verzicht darauf, die eigenen Triebe und Bedürfnisse aus Rücksicht auf eine halbwegs friedliche Koexistenz der Individuen zu unterdrücken, wird von vielen Festivalbesuchern als „Freiheit“, die man „im normalen Leben nicht ausleben“ kann, bezeich-

net. Die Reaktionen auf eine fehlende Autorität, hier wohl am ehesten die staatliche, zeigt, dass es sich bei der Mehrheit der Festivalbesucher mithin um autoritäre Charaktere handelt. Selbstregulative Mechanismen, also die Einsicht, auch ohne direkte Strafordrohung einem Anderen aus „Spaß“ weder ins Zelt zu scheißen noch sein Auto anzuzünden, sind im Sinne einer gelungenen Über-Ich-Ausbildung nicht vorhanden. Die Abwesenheit von Autorität wird vielmehr als Aufforderung zum Losschlagen, zum „Sau rauslassen“ und zum Kampf „Aller gegen Alle“ verstanden. Das Bandenwesen, die hohe Anzahl von Verletzten und die stumpfe Bagatellisierung dieser Vorkommnisse geben einen Vorschein auf die Verhältnis-

se, nach denen sich die Mehrheit der Festivalbesucher offenbar sehnt.

Anmerkungen:

- 1 Im nächsten Jahr wird das Festival im 1.208 Einwohner zählenden Örtchen Kavelstorf residieren. Der Grund: Mit dem alten Platzvermieter in Behnkenhagen hatte es „Stress“ gegeben, da dieser sich darüber beschwerte, dass das Gelände mit unglaublichen Mengen Bruchglas und anderem Müll übergeben wurde. Verständlicherweise wollte er die Kosten für die Reinigung in Rechnung stellen, wofür die Festivalleitung jedoch ganz punkig keine Notwendigkeit sah.
- 2 Sämtliche Zitate im Text sind verschiedenen Internetseiten, auf denen über das Festival berichtet wurde, entnommen (u.a. <http://de.indymedia.org>, www.teamtrash.de, www.forceattack.de). Die Rechtschreibung wurde, soweit wie möglich, in die korrekte Form gebracht.
- 3 Nicht wenige Gäste verlassen das Gelände trotz bezahlter Tickets in kluger Vorahnung auf Kommendes so schnell wie sie gekommen sind.

ag „no tears for krauts“

Der lange Schatten ... vom Nazi-Opa?

Wir dokumentieren ein Flugblatt der AG „no tears for krauts“, das am 9. November, zur Eröffnung der israelfeindlichen Fotoausstellung „Lange Schatten des 9. November?“, vor dem hallischen Stadtmuseum verteilt wurde.

Vorrede: In Deutschland mag man Juden – vor allem, wenn sie tot sind. Ganz in diesem Sinn gehen die Landsleute mit der gleichen Hingabe und Begeisterung, mit der sie die europäischen Juden einst verfolgt und ermordet haben, nun daran, deren Lebensgeschichten aufzuarbeiten, jüdische Relikte zu pflegen und sich jüdischen Kitsch in die Schrankwand zu stellen. Sobald die wenigen Nachkommen der Überlebenden ihr Schicksal allerdings in die eigene Hand nehmen, spricht: einen eigenen Staat gründen, in dem sie nicht mehr vom zweifelhaften Wohlwollen deutscher Gutmenschen abhängig sind, schlägt die Judenbegeisterung in Aggression um. Hier wird Anne Frank (weil tot) gegen die israelische Armee ins Spiel gebracht, weil sie dafür sorgen will, dass es nie wieder einen „Fall Anne Frank“ gibt. Das offizielle Programm zum diesjährigen Gedenken an die Pogromnacht des Jahres 1938 vereint diese Begeisterung für tote Juden nahezu idealtypisch mit dem Angriff auf die Überlebenden und ihre Nachkommen: Zwischen der Ankündigung für einen „Rundgang zu jüdischem Leben“ in Halle, der passenderweise am Jüdischen Friedhof beginnt, und einem Gedenktanz der Katholischen Akademie in der Moritzkirche wird ganz selbstverständlich auf eine Ausstellung im Stadtmuseum verwiesen, die bereits durch ihren Titel („Lange Schatten des 9. November?“), den Tag ihrer Eröffnung (den 70. Jahrestag der Reichspogromnacht) und die Fotografie, mit der sie beworben wird, suggeriert, dass die Tradition des 9. November 1938 in der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern aufgegangen ist. Da-

mit kommt die berühmte deutsche Vergangenheitsbewältigung zu sich selbst.

I.

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 wurde im gesamten Deutschen Reich der Terror der Nationalsozialisten offenbar. Die Pogrome, bei denen hunderte Juden ums Leben kamen und mehr als die Hälfte aller Synagogen zerstört wurden, läuteten endgültig die systematische Verfolgung und Ermordung der Juden in Deutschland ein. 70 Jahre später, in einer Zeit also, in der die atomare Auslöschung Israels vom iranischen Präsidenten zur Staatsdoktrin erhoben wurde, in einer Zeit, in der laut einer Umfrage des Forsa-Institutes 23 Prozent der Deutschen latente bis starke antisemitische Einstellungen haben, entdecken nicht nur in Halle Professoren und andere, die im akademischen Betrieb ihr Unwesen treiben, ihr Herz für die „palästinensische Sache“. Ihr Engagement gilt als schick, als redlich zumal, und wer etwas auf sich hält im deutschen Kulturestablishment, kritisiert, nicht ohne vorher mit großer Selbstverständlichkeit darauf hinzuweisen, im Prinzip nichts gegen Juden zu haben, Israel für seine „Apartheidspolitik“. Zwar konnten bislang weder Maria Nühlen noch Jochen Ehmke, die Macher der Ausstellung „Lange Schatten des 9. November?“ im hallischen Stadtmuseum, durch öffentliche Äußerungen dieser größer werdenden Gruppe zugeordnet werden. Ihre Ankündigung zur heute eröffnenden Ausstellung ist jedoch mehr als nur die Eintrittskarte in die „Hall of Shame“ (Henryk M. Broder) der Antizionisten.

Denn wer behauptet, Israel erhebe „Anspruch auf Jerusalem als ungeteilte Hauptstadt des Landes“, ganz so, als hätte die gegenwärtige Ministerpräsidentin Zippi Livni nicht schon mehrfach darauf hingewiesen, dass die Übergabe Ost-Jerusalems als Teil einer Verhandlungslösung von der gegenwärtigen Regierung akzeptiert werden würde, zeichnet genau das Bild, das linke und rechte Antisemiten immer wieder bemühen: nämlich Israel als böser Aggressor und die Palästinenser als arme Unterdrückte, die sich nur eines wünschsten: „Frieden“ und „Ost-Jerusalem als Hauptstadt“ – ganz so, als ob die islamistische Terrorgruppe Hamas bei den letzten palästinensischen Wahlen nicht die absolute Mehrheit erreicht hätte und deren Charta nicht die restlose Beseitigung Israels von der Landkarte verlange. Ganz so, als hätten die Palästinenser in der Geschichte nicht schon mehrere Male das Angebot auf einen eigenen Staat mit dem Verweis auf den Besitz des „ganzen Landes“ ausgeschlagen. Und ganz so, als würde nicht jeder Märtyrer, der sich in einem israelischem Café in die Luft sprengt, als palästinensischer Volksheld beerdigt und von einer Unmenge Menschen unter Gewehrsalven, dem Schwenken grüner Fahnen und dem Ausstoßen von Vernichtungsdrohungen gegenüber dem jüdischen Staat zu Grabe getragen. Wer diese Realitäten bewusst verleugnet, und wem am propagandistischen Effekt beim Verbreiten von Halbwahrheiten gelegen ist, der steht folgerichtig auch „sprachlos an den Mauern in Ost-Jerusalem“, wie Nühlen und Ehmke in ihrer Ausstellungsankündigung versichern. Mauern und Zäune, die volksdeutsche Professoren zwar „sprachlos“ machen, die aber in Israel dafür sorgen, dass seit deren Errichtung Selbstmordanschläge, die in den palästinensischen Gebieten von 73 Prozent der Bevölkerung („European Centre for Common Ground“) für legitim erachtet werden, signifikant zurückgegangen sind. Nühlen und Ehmke basteln sich ihre Sicht der Dinge, wohl wissend, dass ihr Publikum von solchen in Deutschland gänzlich unbeliebten Wahrheiten genauso wenig wissen möchte, wie sie selbst.

II.

Wer am 9. November, dem Tag der Reichspogromnacht, eine Ausstellung mit dem Titel „Lange Schatten des 9. November?“ eröffnet, deren Werbetext und die dazugehörige Abbildung auf nichts anderes schließen lassen, als dass die Palästinenser die neuen Juden seien und damit die Nazis von Gestern in den Israelis von heute ihren modernen Ausdruck fänden; sprich: dass die Israelis aus dem Holocaust nichts gelernt hätten und nun mit dem Palästinensern genau das täten, was ihnen selbst einst angetan wurde, der

kann damit kaum etwas anderes bezwecken, als die Taten des eigenen Nazi-Opas (für Feministen: der Nazi-Oma) zu relativieren. Ganz in diesem Sinn werden die entsprechenden Analogien nicht nur im Ankündigungstext Nühlens und Ehmkes suggeriert. Das Foto, mit dem für die Ausstellung geworben wurde – und mit dem über den Inhalt damit unfreiwillig bereits alles gesagt sein dürfte –, zeigt eine übermächtig erscheinende Mauer mit der Beschriftung „From Warsaw Ghetto to Abu-Dis-Ghetto“. Wir wissen zwar, dass an der Hochschule Merseburg, an der Nühlen und Ehmke seit vielen Jahren tätig sind, keine Geschichte gelehrt wird, hoffen aber trotzdem darauf, dass sich in nächster Zeit einmal jemand erbarmen und den beiden Hobbyfotografen den Unterschied zwischen dem Warschauer Ghetto und der palästinensischen Stadt Abu-Dis erklären wird.

Nühlen und Ehmke werden, wie üblich in solchen doch recht pikanten Zusammenhängen, erklären, die Fotografien würden lediglich die Realität abbilden und hätten mit persönlichen Meinungen oder Ansichten dementsprechend nichts zu tun. Dem ist entgegenzuhalten, dass Nühlen und Ehmke nicht die Verfasstheit der palästinensischen Gesellschaft, in der es als ehrenwert gilt, als Suicide Bomber so viele jüdische Zivilisten wie nur möglich zu ermorden, kritisieren. Sie fragen sich nicht, weshalb selbst die als „gemäß-

ßigt“ geltende Fatah mit den Al-Aksa-Brigaden eine eigene Terrorgruppe unterhält, und sie fragen auch nicht, warum nur eine monströse Mauer Menschen davon abhalten kann, andere zu töten. Auch wundern sie sich nicht, dass kaum einer der israelischen Freunde, die sie mit Sicherheit vorzuweisen haben, sie in den Gazastreifen begleiten möchte. Nein, stattdessen fabulieren sie lieber über „Schikanen an den unzähligen Checkpoints“, „neue, israelische Reihenhausinsiedlungen im Palästinensergebiet“ und „schwerbewaffnete Doppelstreifen israelischer Soldaten“.

In Deutschland kommt so etwas immer gut an, denn schließlich meinen 81 Prozent der Bundesbürger, Israel sei die „größte Bedrohung für den Weltfrieden“. Es geht ihnen um nicht weniger, als eine Denunziation des Staates der Holocaustüberlebenden, das nach der Erfahrung des Zivilisationsbruchs der Shoa für viele Juden vor allem eines bot und noch heute bietet: Hoffnung auf ein Leben als Jude ohne Verfolgung und Ermordung. Die Lebensbedingungen der Palästinenser sind den Israelkritikern in Wahrheit ebenso egal wie der korrekte Grenzverlauf zwischen Papua-Neuguinea und den Fidschi-Inseln. Der Verweis auf das Leiden der Palästinenser dient lediglich als Alibi; die Israelkritiker sind, wie Broder einmal formuliert hat, vielmehr „dankbar für die Möglichkeit, [ihre] Ressentiments in einer politisch korrekten Form auszuleben“.

Philipp Lenhard

Es geht um Israel. Israelolidarität als Konsequenz materialistischer Kritik. (Teil 1)

Vor einiger Zeit startete die Redaktion der Bonjour Tristesse eine Artikelreihe zum Thema „Was ist antideutsch?“. Nachdem Jens Schmidt in den Ausgaben 3/2007 und 1/2008 der Frage „Woher kommen die Antideutschen?“ nachging, setzen wir in dieser Ausgabe die Reihe fort. Warum die Solidarität mit Israel unabdingbar ist und was sie mit einer kommunistischen Gesellschaftskritik zu tun hat, erläutert Philipp Lenhard.

So oft von bürgerlicher Seite gegen die Antideutschen der Vorwurf erhoben wird, trotz aller berechtigten Abgrenzungen vom linken Antisemitismus immer noch an einer auf den Kommunismus abzielenden Gesellschaftskritik festzuhalten, so oft wird ihnen von linker Seite entgegengehalten, sie hätten die radikale Gesellschaftskritik aufgegeben, weil sie sich positiv auf den kapitalistischen Nationalstaat Israel bezögen. Beide Vorwürfe gehen jedoch ins Leere: Der bürgerliche, weil nur eine materialistische, an der Marx-schen Kritik der politischen Ökonomie orientierte Gesellschaftskritik die Wurzeln des Antisemitismus bündig aufklären und daher bekämpfen kann; der linke, weil die radikale Kritik an Staat und Kapital mit Notwendigkeit zur Parteilichkeit für den Staat Israel drängt. Aber weshalb?

Ist nicht Israel ein Staat wie jeder andere, und handelt es sich nicht beim Nahostkonflikt vornehmlich um einen stinknormalen, wenn auch militant ausgeprägten Interessengegensatz? Um diese spontan aufkommenden Fragen beantworten zu können, bedarf es zweierlei: Einerseits eines Blickes auf die Geschichte dieses Konfliktes, andererseits einer Klärung der Begriffe Zionismus, Antizionismus und Staatlichkeit.

Nahostkonflikt oder antijüdischer Krieg?

Beginnen wir also mit der Geschichte des Konfliktes, bei dem gemeinhin unterstellt wird, plötzlich seien wie aus dem Nichts gegen Ende des 19. Jahrhunderts europäische Juden als Kolonisatoren in das von arabischen Bauern und Beduinen bewohnte Palästina gekommen und hätten die an-

gestammte Bevölkerung schlicht und einfach brutal vertrieben. Diese Vorstellung ist in vielerlei Hinsicht falsch. Erstens haben seit der Entstehung des Judentums als religiös und national definierte Gemeinschaft immer Juden in Palästina gelebt. Zweitens waren die Gründe für die Einwanderung von Juden aus aller Welt durchaus unterschiedlich: Von der religiösen Sehnsucht nach dem „heiligen Land“ über die Flucht vor antisemitischer Verfolgung in ihren Herkunftsländern bis zur Vorstellung von einem sozialistischen jüdischen Arbeiterstaat sind die Motive für die Einwanderungen äußerst heterogen und verbieten eine einseitige Zuordnung. Drittens verlief die Landnahme mehrheitlich anders als üblich geschildert: Entweder siedelten Juden auf Land, für das niemand ein Eigentumsrecht beanspruchen konnte, oder sie erwarben das Land – mal für einen Spottpreis, mal für horrenden Summen – vom jeweiligen Großgrundbesitzer, der oft genug nicht einmal in Palästina lebte. Freilich gab es auch Fälle der widerrechtlichen Vertreibung – diese bildeten jedoch die Ausnahme und nicht, wie so oft dargestellt, die Regel. Die Charakterisierung der jüdischen Einwanderer als Kolonialisten ist zumindest ambivalent: Einerseits gab es insbesondere zwischen den europäischen Juden und den einheimischen Arabern eine beträchtliche kulturelle Kluft, die sich darin niederschlug, dass die Juden von den Arabern als Verkörperung der hereinbrechenden Moderne und damit als Bedrohung der eigenen Gesellschaftsstruktur angesehen wurden; andererseits wurde die Einwanderung gebildeter und oft genug technisch versierter Europäer von vielen Arabern auch als Bereicherung und Chance gesehen, um die Rückschrittlichkeit der eigenen Gesellschaft überwinden zu können. Insofern standen sich von Beginn an innerhalb der arabischen Bevölkerung zwei feindliche Lager gegenüber: Eher progressive und konservative bis reaktionäre arabische Familien und Clans, von denen die Nashabis und die al-Husseinis (der Clan sowohl des Großmuftis von Jerusalem, Amin al-Husseini, als auch Yassir Arafats, eines Neffen des Großmuftis) sicherlich die bekanntesten sind. Den internen arabischen Kampf um eine Modernisierung und Liberalisierung der Gesellschaft übertrugen die Araber Palästinas auf die Haltung gegenüber den Juden, die rasch als Inbegriff von Fortschritt und einem damit einhergehenden Zerfall der Sitten und Traditionen galten. Anders als heute waren die palästinensischen Araber also keineswegs so homogen in ihren politischen Zielen und in ihrer Einstellung den Juden gegenüber, so dass der Kampf gegen die zionistische Bewegung erst von interessierter Seite zum nationalen Schicksalskampf er-

klärt wurde. Wichtigster Propagandist einer solchen Auffassung war der von den Briten aus Gründen der Beschwichtigung nach einem antijüdischen Pogrom in Jerusalem 1921 als Mufti eingesetzte Amin al-Husseini, der sich früh zu dem Führer der aufkommenden palästinensischen Nationalbewegung mauserte. Damit war der palästinensische Nationalismus von Beginn an antijüdisch und das heißt auch: antiwestlich und antiliberal definiert. Die konservativen und reaktionären Kräfte innerhalb der palästinensischen Gesellschaft hatten – nicht zuletzt dank der Weigerung der Briten, entschieden gegen antijüdische Umtriebe vorzugehen, da sie ebenfalls Interesse an einer Bewahrung des status quo hatten – gewonnen. Fortan wurden Zweifler und Kritiker des erwachenden palästinensischen Nationalbewusstseins, das sich auch durch die lange Tradition islamischer Judenfeindschaft legitimierte, als Abweichler und Verräter verfolgt.

Als sich diese reaktionäre Form des Palästinensertums gegen alle Widersacher durchgesetzt hatte, war klar, dass ein palästinensischer Staat, der nach dem Ersten Weltkrieg überhaupt erstmals als Ziel formuliert wurde, eine autoritäre Gestalt annehmen würde, sollte er jemals verwirklicht werden. Vielleicht ist das auch ein Grund dafür, warum die von den Vereinten Nationen als Mandatsmacht eingesetzten Briten zwar auf einen gewissen Ausgleich mit den Palästinensern bedacht waren, aber keineswegs eine Staatsgründung vorantrieben. Die Politik der Briten war allerdings vor allem von Planlosigkeit gekennzeichnet, es fehlte Entschlossenheit und eine klar erkennbare politische Linie. Immer wieder machten sie der einen oder der anderen Seite Avancen, um die angespannte Situation zu beruhigen, doch diese Maßnahmen schlugen ins Gegenteil um. Beide Seiten, die zionistische und die arabisch-palästinensische, verstanden sich als antikoniale Bewegungen, was sich auch in den Pamphleten und in den jeweiligen Verlautbarungsorganen niederschlug. Während allerdings die Zionisten direkt gegen die Briten als faktische Vormacht kämpften oder in Verhandlung mit ihnen traten, richtete sich der palästinensische Kampf schon früh direkt gegen die Präsenz der Juden im Land, die als Fußtruppen des Kolonialismus und der westlichen Dekadenz betrachtet wurden. So kamen bei einem antisemitischen Pogrom im jüdischen Viertel Jerusalems 1920 fünf Juden ums Leben, 234 wurden verletzt. 1929 wurden in einem Pogrom in Hebron, in dessen jüdischem Viertel fast ausschließlich Juden lebten, deren Familien schon seit Generationen im Lande waren, 67 Juden ermordet. Von 1936 bis 1939, als in Spanien der Bürgerkrieg tobte und die deutsche Luftwaffe die Faschisten gegen

die Internationalen Brigaden unterstützte, probten die Araber Palästinas den Aufstand und bekannten sich angesichts der weltpolitischen Konstellation zugleich zu den Achsenmächten, die bereits auf den Weltkrieg zusteueren. Während des sogenannten Arabischen Aufstands, der zunächst ein aufgrund der ökonomischen Stellung der Araber höchst erfolgloser Generalstreik war, wurden etwa 400 Juden getötet. Der Kampf wurde dezidiert antijüdisch geführt und begründet, Hakenkreuze und Hitlerbilder waren allgegenwärtig. Dass auch 200 Briten und sogar 4.000 Araber in den Kämpfen ums Leben kamen, bedeutet nicht, dass der Kampf gegen die Juden nur ein Nebenaspekt gewesen wäre. Dass zehnmal so viele Araber wie Juden den Tod fanden, liegt daran, dass die Briten den Aufstand mit aller Gewalt niederzudrücken versuchten und daher brutal gegen die Palästinenser vorgingen. Die arabische Rebellion hatte weitreichende Folgen: Erstens waren ab diesem Zeitpunkt die arabische und jüdische Ökonomie strikt voneinander getrennt, die relativ große Kooperation, die es trotz aller Auseinandersetzungen vor dem Krieg gegeben hatte, war zerschlagen. Zweitens, auf dieser Entwicklung beruhend, war die Richtung des palästinensischen Kampfes nunmehr unangefochten antijüdisch. Es kann daher davon gesprochen werden, dass der „Arabische Aufstand“ ein Kampf zur gewaltsamen Vereinigung der palästinensischen Araber zur Nation war, der auf Kosten der Juden ausgetragen wurde. So wie jede Nation sich durch den Ausschluss der Nichtdazugehörigen definiert, beinhaltet der palästinensische Nationalismus spätestens seit diesem Aufstand die Judenfeindschaft.

Als der Zweite Weltkrieg ausbrach, veränderte sich die Politik der Briten. Um die deutschfreundlichen Araber auf ihre Seite zu ziehen, verkündeten sie in einem „Weißbuch“, die jüdische Einwanderung stoppen und eine palästinensische Staatsgründung unterstützen zu wollen. Der Plan ging schief, denn die Palästinenser ließen sich in ihrem antisemitischen Wahn nicht einmal mit solchen Zugeständnissen davon abbringen, Hitler zu unterstützen. Amin al-Husseini traf Hitler und andere führende Köpfe des Nazi-Regimes, besichtigte Konzentrationslager und stellte in Bosnien sogar eigene muslimische SS-Divisionen auf. Die Zionisten dagegen erklärten in den Worten des späteren Staatsgründers Ben Gurion: „Wir werden gemeinsam mit England gegen Hitler kämpfen, als gäbe es kein Weißbuch, und wir werden das Weißbuch bekämpfen, als gäbe es keinen Krieg.“ Nur eine einzige militante zionistische Splittergruppe – die Lehi, die so genannte Sternengang – versuchte kurzweilig und erfolglos, mit den Deutschen in Verhandlung

gen über eine Zusammenarbeit zwecks rascher Gründung eines jüdischen Staates zu treten. Nachdem sie registrieren musste, dass das deutsche Programm nicht „Juden raus!“, sondern „Vernichtung des Judentums“ lautete, wandte sie sich von dieser Politik allerdings rasch wieder ab und kämpfte wie die anderen militärischen Verbände der Zionisten auch gegen die Achsenmächte. Neuere Studien haben gezeigt, dass die Nazis detaillierte Pläne für die Zukunft der Juden in Palästina hatten, die zum Tragen gekommen wären, wenn Rommel der Durchmarsch in El Alamein gelungen wäre – die Pläne sahen eine Vernichtung der Juden im gesamten Nahen Osten mit Hilfe der Araber vor.

Israel als kapitalistischer Nationalstaat

Dass der Staat Israel 1948 tatsächlich gegründet wurde, ist nicht nur der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen geschuldet, sondern auch einem Erschrecken der damaligen Weltmächte darüber, dass so etwas wie die Shoah tatsächlich möglich war. Auch ein schlechtes Gewissen gegenüber den Juden, welche von den meisten Staaten im Stich gelassen worden waren und nur in äußerst begrenzter Zahl hatten einreisen dürfen, könnte eine Rolle gespielt haben. In dieser Hinsicht war die Gründung des Staates Israel, einer oft zitierten Wendung zufolge, die einzige Konsequenz, die die Welt aus Auschwitz zu ziehen bereit war. Weil ein neuer Holocaust verhindert werden sollte, zugleich aber die gesellschaftlichen Bedingungen, die den Nationalsozialismus hervorgebracht hatten, namentlich die vom Staat garantierte fetischistische Produktion abstrakten Reichtums, beibehalten werden sollten, war die Gründung Israels als kapitalistischer Nationalstaat die einzig denkbare Konsequenz innerhalb des falschen Ganzen. Dass Israel im Nahen Osten gegründet wurde und nicht, wie es Antizionisten von Michael Moore bis Mahmoud Ahmadinedschad heute fordern, in Deutschland, hat verschiedene Gründe. Zunächst gab es bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts eine zionistische Bewegung, die die Gründung einer nationalen Heimstätte in Palästina propagierte, weil es – neben den USA – das kulturelle, religiöse, politische oder (nach der Shoa) demographische Zentrum des Judentums bildete. Darüber hinaus ist aber auch der Gedanke, einen jüdischen Staat in Deutschland zu gründen, um die Deutschen für ihre Taten zu bestrafen, eine zynische Absurdität: Nicht nur beteiligten sich die Araber Palästinas eifrig am Projekt der Vernichtung der Juden, sondern darüber hinaus würden die Juden mit der Umsetzung eines solchen Planes gleich wieder der Willkür von Außen unterworfen, anstatt sich selbst bestimmen und verteidigen zu können, ohne auf die Hilfe anderer

angewiesen zu sein. Denn das gerade ist ja die traurige Lehre des Holocaust, die den Judenstaat notwendig macht – dass das Leben der Juden nie wieder vom Gutdünken der Nichtjuden abhängen soll. Insofern ist Ahmadinedschads „Deutschland-Plan“ ausschließlich als neueste Version des „Madagaskar-Planes“ zu verstehen, der der Wannsee-Konferenz unmittelbar voranging. Zuerst sollen die Juden als Objekte verfügbar gemacht werden, um sie anschließend mit leichter Hand ermorden zu können.

Gegenüber solchen Überlegungen, die das so genannte Existenzrecht des Staates Israel bestreiten, ist jegliche Diskussion sinnlos. Denn diese Position beruft sich auf das Recht und negiert es zugleich: Indem Israel das Recht zu existieren abgesprochen wird, wird das Recht aus seiner universellen Verankerung gerissen und der bloßen Willkür unterstellt. Was Recht ist, entscheidet nicht der Souverän, sondern das moralische Weltwissen der vom Imperialismus unterdrückten Völker. Das Völkerrecht aber, das dem Recht des Faktischen als von Macht und Gewalt unberührt gegenübergestellt wird, ist seiner inneren Logik nach überhaupt kein Recht und kann es auch nicht sein, weil es, so bereits Hegel, nur „gelten sollendes Recht“ ist. Denn das Recht wird immer vom Souverän konstituiert und garantiert, es existiert aber kein Weltsoverän. Weder die USA sind ein solcher Souverän – wie man zuletzt im russischen Krieg gegen Georgien gesehen hat –, noch gar die Vereinten Nationen, die lediglich eine Institutionalisierung der bestehenden und stetig variierenden globalen Machtverhältnisse darstellen. Deshalb kann es überhaupt kein Recht auf Staatlichkeit geben, auch kein Existenzrecht Israels. Drastisch gesprochen ist der einzige Grund, warum es Israel gibt, seine durch Waffen, eine Armee und Bündnisse mit anderen Staaten gesicherte Existenz selbst. Das ist zwar ein Zirkelschluss (Israel existiert, weil es existieren kann), aber gerade deshalb die Wahrheit falscher Verhältnisse. Die Motive, einen Staat zu gründen, mögen noch so ehrenhaft sein – letztlich ist jede Staatsgründung auf einen gewalttätigen Akt zurückzuführen. Solange die Verhältnisse derart verfasst sind, ist Gewalt ein notwendiges Mittel zum Zweck. Pazifistische Aufrufe helfen da nicht weiter, im Gegenteil: Wer Israel seine auch militärische Verteidigung ankreidet, der hat nicht nur nichts von materialistischer Staatskritik verstanden, sondern trachtet im schlimmsten Falle auch danach, Israel zu entwaffnen und damit seinen Feinden auszuliefern.

Der zweite Teil dieses Textes erscheint in der nächsten Ausgabe der Bonjour Tristesse.

Interview

„Treten, Schlagen, Werfen – und am Boden geht's weiter“

Am 6. Dezember war es wieder so weit: In Halle fand die fünfte Kampfsportveranstaltung mit dem unglaublich bescheuerten Titel „Die Nacht, die kracht“ statt. Angesichts der rassistischen Pöbeleien bei einer der letzten Veranstaltungen (siehe Bonjour Tristesse 1/2008) sprachen wir mit Jesse-Björn Buckler über Sport, Gewalt und Freefight im Osten. Der Berliner war 2006 ostdeutscher Meister im Freefight und zählt nach Angaben des Freefight-Magazins „Ground and Pound“ zu den „German Top Five“ in seiner Gewichtsklasse. Jesse-Björn Buckler ist Mitherausgeber der linken Wochenzeitschrift „Jungle World“.

Für unsere Leser, die nicht ganz so sportiv sind: Was ist Freefight überhaupt?

Mein Trainer hat es einmal treffend mit den Worten: „Treten, Schlagen, Werfen und am Boden geht's weiter“ zusammengefasst. Entstanden ist das Ganze an der uralten Streitfrage, wer denn nun der beste Kämpfer und was der beste Kampfstil sei. Also trafen Kampfkunstspezialisten verschiedener Stile in einem sehr wenig reglementierten Wettkampf aufeinander. In den Auseinandersetzungen zwischen Ringern, Boxern, Jiu-Jitsu-Kämpfern, Karatekas und Thai-Boxern entwickelte sich eine neue hybride Kampfsportart. Die brauchbarsten Techniken aus allen Kampfkünsten werden ohne Respekt vor irgendeiner Traditions- oder Verbandslinie adaptiert und den jeweiligen Stärken und Schwächen des einzelnen Sportlers angepasst. Das Ergebnis ist ein bunter Mix aus den effektivsten Techniken – die „Mixed Martial Arts“ (MMA) oder der Freefight, wie es in Deutschland genannt wird.

Anders als beim Boxen oder Thai-Boxen wird beim MMA nicht mit dicken Handschuhen gekämpft, sondern mit dünnen Faustschützern, die vor allem die eigenen Hände beim Schlagen schützen sollen und nicht den Gegner. Wie beim Thai-Boxen darf geschlagen, getreten und mit Knien und Ellbogen angegriffen werden. Darüber hinaus kann man seinen Gegner, wie z. B. beim Ringen oder wie beim Judo, zu Boden werfen und ihn dort weiter schlagen und treten. Man gewinnt, indem man den Gegner innerhalb der üblichen 15 Minuten Kampfzeit durch Hebeltechniken oder Würgegriffe zur Aufgabe zwingt oder ihn wie beim Boxen K.O. schlägt.

Du hast mal irgendwo gesagt, dass Kampfsport und Gewalt Deiner persönlichen Sozialisierung zuwider laufen. Warum machst

Du trotzdem Freefight, was fasziniert Dich daran?

Mich begeistert die versteckte, technische Raffinesse des Sports. Jede Woche lerne ich eine neue Technik, einen anderen Weg, wie ich eine schon bekannte Technik anwenden oder kontern kann. Jeder Kampf und jeder Gegner erfordert sorgfältige strategische Planung und Vorbereitung. Das Ganze ähnelt eher einem Schachspiel als einer wilden Schlägerei.

Ich unterschiebe übrigens sehr genau zwischen Kampfsport und Gewalt. Auch wenn es auf den ersten Blick ähnlich aussieht, so ist ein verbissener und manchmal auch blutiger Kampf im Ring etwas anderes als eine Schlägerei auf der Straße. Gewalt ist etwas, das einem aufgezwungen wird, dem man sich nicht entziehen kann. Beim Kampfsport treffen sich hingegen zwei motivierte Freiwillige nach wochenlangem körperlicher und mentaler Vorbereitung zum zuweilen annehmbar bezahlten Wettkampf im Ring.

Es ist kein Geheimnis, dass Du Dich als Linker verstehst. Wer Deinen Namen googelt, erfährt, dass Du Mitherausgeber der linken Wochenzeitschrift „Jungle World“ bist und die Interventionsversuche der Antifa in die Anti-Globalisierungsbewegung teuer bezahlen musstest: Während des EU-Gipfels 2001 wurdest Du wegen angeblicher Beteiligung an den Riots festgenommen und vor Gericht gestellt. Beim Gang in den Ring trägst Du außerdem regelmäßig ein T-Shirt mit der Aufschrift „Refugees welcome“. Wie reagiert das Publikum auf Deinen linken Background und Dein T-Shirt?

Es ist meiner Karriere nicht förderlich gewesen, auch wenn mir nie größere Steine in den Weg gelegt worden sind. Direkte Anfeindungen gibt es aber selten. Im Sport zählen Teamfähigkeit, Fairness und vor allem Leistung. Fans und Veranstalter ist es ziemlich egal, was für ein Wertesystem bzw. was für politische Positionen ein Sportler vertritt, solange er im Ring eine gute, unterhaltsame Performance abliefert und nicht versucht, den Sport zu instrumentalisieren.

Vor ein paar Jahren waren Freefight bzw. „Mixed Martial Arts“ noch weitgehend unbekannt. Inzwischen findet an jedem zweiten Wochenende in irgendeiner ostdeutschen Dorfscheune eine so genannte Freefight-Veranstaltung statt, bei der fies aussehende, schlecht tätowierte Hundert-Kilo-Männer aufeinander eindreschen. Wie erklärst Du Dir den derzeitigen Boom solcher Veranstaltungen? Interesse an guten Moves, Hebeln und Kombinationen?

Es scheint tatsächlich so, als ob ein Teil der ehemaligen DDR-Bevölkerung und ihre Kinder ein besonderes Interesse daran haben. Auch der Durchbruch des Boxsports in den Mainstream vollzog sich zuerst im Osten und schwappte dann in den Westen. Vor allem spielt die historische und in der DDR

geförderte Affinität zwischen dem alten Arbeitermilieu und dem Boxen und Ringen eine große Rolle beim Erfolg. Analog dazu sind im Westen der Ruhrpott und bestimmte Teile der migrantischen Community eher dem Kampfsport zugeneigt als z.B. dem Radsport, der rhythmischen Sportgymnastik oder dem Tennis. Mit Sicherheit spielt in beiden Milieus die Identifikation mit der im Sport nötigen Durchsetzungsfähigkeit eine große Rolle.

Bei den Freefight-Veranstaltungen, die ich kenne (Halle, Leipzig, Dresden usw.), besteht das Publikum zum überwiegenden Teil aus rechten Hooligans, klassischen Prügelnazis und Zuhältern. Die „Berliner Zeitung“ spricht von jungen Männern, die einen „unverkrampten Umgang mit Nazi-Symbolik pflegen“. Rassistische Pöbeleien sind dementsprechend integraler Bestandteil solcher Events. Ist das ein Ost-Phänomen, oder ist im Westen Ähnliches zu beobachten?

Ich möchte nichts beschönigen oder verharmlosen, aber die Behauptung, dass der überwiegende Teil des Publikums aus „rechten Hooligans, klassischen Prügelnazis und Zuhältern“ bestehe, halte ich für arg überzogen. Und dass rassistische Pöbeleien gar ein „integraler Bestandteil“ – also ein festes und wesentliches Moment – solcher Events sind, ist schlicht falsch.

Richtig ist aber, dass solche Events eine besondere Attraktivität für – insbesondere – Männer aus Milieus mit hoher Gewaltakzeptanz haben. In bestimmten Gegenden der Ex-DDR hat sich nun noch ein besonderes Sozialmilieu herausgebildet, in dem eine rechte Hegemonie existiert und eine weitgehende Akzeptanz von solchen Positionen vorhanden ist. Es ist also kein sportspezifisches, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem.

Bei der ostdeutschen Freefight-Meisterschaft im Mai 2006 in Dresden wurde Mbo Ndundu mit Flaschen beworfen. Der Organisator der Veranstaltung hat das Ganze verharmlost und trotz lauter „Nigger“-Rufe aus dem Publikum einen rassistischen Hintergrund abgestritten. Gibt es da für Dich als Sportler Möglichkeiten der Intervention?

Die Möglichkeiten der persönlichen Intervention sind stark an die eigene Leistung gekoppelt. In der Kampfsportszene läuft sehr viel über Beziehungen. Namhafte Sportler können sich eher erlauben, einen Veranstalter offensiv zu boykottieren, wenn er z.B. seine Veranstaltung von „Thor Steinar“ sponsoren lässt.

Umgekehrt kann und muss man die Veranstalter unterstützen, die ernsthaft versuchen, das Problem mit Rechtsextremisten im Publikum anzugehen. Ein großer Erfolg war die öffentliche Positionierung gegen Nazis durch den größten deutschen MMA-Amateurverband, die „Free Fight Association“ (FFA). Auf Intervention von akti-

ven Sportlern erklärte der Verband, dass es es als selbstverständlich ansehe, rassistisches, antisemitisches und anderes Gedankengut, das die fundamentale Gleichwertigkeit aller Menschen verneint, zu missbilligen und keine Vereine oder Veranstaltungen zu unterstützen, die ein solches Gedankengut nicht zurückweisen.

Der recht bekannte Freefighter Jeff „Snowball“ Monson vom „American Top Team“ betritt den Ring regelmäßig zu den Klängen von John Lennons „Imagine“ („Imagine, there's no heaven, Imagine, there's no countries...“). Gibt es außer ihm und Dir noch andere Leute in der Freefight- und Mixed-Martial-Arts-Szene, die sich vorstellen wollen, dass es „no countries“ und „no heaven“ gibt? Oder seid Ihr die Ausnahme, die die Regel vom thumben, konformistischen oder überaffirmativen Kloppsportler bestätigt?

Es gibt viel zu wenige davon – wie überall. Trotzdem sind es aber mehr als man vielleicht annehmen mag.

prodomo
zeitschrift in eigener sache

**Die Jubiläumsausgabe
#10 ab Dezember 2008**

Franz FORST über die Windungen der „Krisis“ | Alex GRUBER über Antisemitismusexperten | Jan HUISKENS ein letztes Mal über George W. Bush | Philipp LENHARD über die Krise und ihre ideologische Verarbeitung | Benny MORRIS im Interview | Horst PANKOW über den Fall Kalisch | Gerhard SCHEIT über die Gemeinsamkeiten der Palästinenser und der Österreicher | Matthias SCHÜTZ über palästinensische Kollaborateure | Rezensionen, Termine etc.

**Jetzt online lesen unter:
<http://www.prodomo-online.tk>**

**Kopierte Ausgabe für 4 € inkl. Porto bestellen:
Prodomo e.V. Postfach 301022, 50780 Köln
redaktionprodomo@yahoo.com**

Antikapitalistische Ökonomie. Über Fairen Handel und die Bedürfnisse seiner Kunden.

Seit einigen Jahren ist der Faire Handel in aller Munde. Keine Stadt, in der es nicht mindestens einen Laden gibt, in dem „faire“ Strickwaren, „fairer“ Kaffee und „fairer“ Ethno-Kitsch dargeboten werden. Selbst in der Mensa können Studenten mittlerweile ihr schlechtes Gewissen beim Kauen seltsam schmeckender und selbstverständlich „fairer“ Schokoriegel beruhigen. Mehr als Grund genug, für Paul Desandren zu beleuchten, was es mit dem Fairen Handel auf sich hat und was sich dessen Befürworter wünschen.

Das Gutsein feiert fröhliche Urstände. Derweil sich Dritte-Welt-Verhältnisse auch in den Zentren der kapitalistischen Produktion andeuten, ergreift ihre Bürger die Sehnsucht nach der archaischen Lebensweise. Sie wird von ihnen als natürlich erkannt, ist doch der Rückfall ihrer eigenen Verhältnisse in vorzivilisatorische Gesellschaftszustände Resultat eines Prozesses, den sie weder verstehen noch kontrollieren, den sie also als nichts anderes fassen können denn Naturhaftigkeit der Gesellschaft. Zunächst hat diese Faszination widersprüchlichen Charakter. Der selbstbewusste Bürger, das bürgerliche Subjekt erkennt einerseits in der Naturbefangenheit der vormodernen Völker gesellschaftliche Natur schlechthin, als die es auch die eigenen Zustände fasst, ohne angesichts ihrer radikal-modernen Erscheinung daran glauben zu können. Gleichzeitig sieht derselbe Bürger in ihnen eben jenen Naturzustand des Menschen, den er an sich selbst bekämpfen muss, um als bürgerliches Subjekt bestehen zu können. In dem Maße jedoch, in der dem Subjekt die eigene Existenz als mystifizierte erscheint, als ein Dasein, dessen Gesetze sich seiner eigenen Ratio und Kontrolle entziehen, in diesem Maß wächst seine Faszination für alles Naturbelassene und Urwüchsige und vor allem für den Menschen, in dem er es erkennt und in dem er seinesgleichen sieht. Auf diese Weise entsteht aus dem rassistischen Stereotyp, das im Schwarzen die ungebändigte Natur erkennt, die Solidarität mit dem vermeintlich Urwüchsigen. Diese antirassistische Solidarität verliert ihr rassistisches Moment trotz allem Zugehörigkeitsgefühl nicht, da der Schwarze als Fremder (auf deutsch: als Spezies anderer Kultur) für etwas steht, was der Mensch der zivilisierten Gesellschaften zwar gerne sein möchte, aber nicht kann, weil das, was ihm die eigene Natur, eben Produkt der Zivilisation ist.

Das Gutsein feiert also fröhliche Urstände, und es liegt ganz in seiner Logik, dass es sich schwer damit tut, herauszurücken damit, dass es hasst und sich ebenso verweigert gegenüber der Erkundigung nach dem Objekt seiner Verachtung. So ist der „Grünen Jugend Halle“ kein Vorwurf zu machen, wenn sie sich als Sachwalter des guten schlechten Gewissens anempfiehlt: „Zusammen mit vielen anderen Initiativen

setzen wir uns ein für ökologisch angebaute Nahrung in den Mensen [...] Außerdem gibt es seit dem Wintersemester 2007 in allen Mensen nur noch Kaffee aus fairem Handel.“ So ist auch der Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul kein Vorwurf darin zu machen, dass sie die Schirmherrschaft über eine bundesweite Veranstaltung namens „Faire Woche“ übernimmt, die für ihre öffentliche Kampagne herausgefunden hat, dass „der Faire Handel zum Erhalt der biologischen Artenvielfalt beiträgt“. Schließlich ist auch den Kunden kein Vorwurf zu machen, von denen Frau Wieczorek-Zeul weiß, dass jeder von ihnen „einen Beitrag zur weltweiten Armutsbekämpfung“ leistet, und sich daher „sehr über den gegenwärtigen Boom des Absatzes“ freut. Was ist dazu zu sagen? Gegen die Schaffung von „menschenwürdigen Lebens- und Arbeitsbedingungen“ in der Dritten Welt kann man gar nichts einwenden. Kann da nicht das einzig Richtige sein, ihren Bewohnern einen fairen Preis, von dem sie leben können, zu verschaffen? Ist es da nicht zynisch und hinterhältig, wenn jemand Böses denkt, weil solche Verhältnisse in der Dritten Welt immerhin seit gut 40 Jahren selbst in Deutschland kein Geheimnis sind und die Idee der Linderung mit ihrer Unbeholfenheit besticht? Die Erkenntnis des Guten braucht eben ihre Zeit. Und weil diese Zeit nun gekommen ist, füllen sich die Supermarktregale Deutschlands mit Waren, deren Siegel für ihre eigene soziale und ökologische Güte und vor allem für die ihrer Kunden bürgen soll; weil das Gutsein frohe Urstände feiert, kümmern Frau Wieczorek-Zeul und die „Grüne Jugend Halle“ sich beflissen um die Durchführung der neuen Methode. Damit zeigen sie, dass, wenn die Politik die Kunst des Möglichen ist, sie zu ihr nicht willens sind, weil sie die Förderung der deutschen Gutmenschen-Kapitale als Linderung des tatsächlichen Elends ausgeben. Sie verwechseln Mittel und Zweck, und die Beseitigung des schlechten Zustands ist ihnen nichts als eine Begründung zur Ausweitung des Geschäfts, welches angeblich keines sein soll.

Gerechtigkeit und Recht ...

Nirgendwo blamiert sich Gerechtigkeit so über alle Maße, wie in den Ländern

der Dritten Welt. Gerechtigkeit, das ist nicht nur den Freunden des Fairen Handels der Umstand, dass, wer für den freien und gleichen Tausch produziert, auch leben können muss. Nun ist es allerdings so, dass der freie und gleiche Tausch der meisten Menschen der Dritten Welt überhaupt nicht bedarf. Nirgendwo zeigt sich besser, dass, wie Marx es schreibt, die Menschenrechte nur für die Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft gelten. „Keines der sogenannten Menschenrechte geht also über den egoistischen Menschen hinaus, über den Menschen, wie er Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft, nämlich auf sich, auf sein Privatinteresse und seine Privatwillkür zurückgezogenes und vom Gemeinwesen abgesondertes Individuum ist. Weit entfernt davon, dass der Mensch in ihnen als Gattungswesen aufgefasst wurde, erscheint vielmehr das Gattungswesen selbst, die Gesellschaft als ein den Individuen äußerlicher Rahmen, als Beschränkung ihrer ursprünglichen Selbständigkeit. Das einzige Band, das sie zusammenhält ist die Notwendigkeit, das Bedürfnis und das Privatinteresse, die Kon-servierung ihres Eigentums und ihrer egoistischen Person.“¹ Die Gleichheit, die durch die Menschenrechte fixiert wird, ist nicht die Anerkennung der einzelnen Menschen als besondere, als gleichermaßen vernunftbegabte und emanzipationsfähige Geschöpfe. Die Gleichheit des Menschenrechts abstrahiert von jeder individuellen Besonderheit des Menschen und resultiert aus der Reduktion menschlicher Fähigkeiten auf eine einzige abstrakte Gemeinsamkeit, auf die Verausgabung abstrakt menschlicher Arbeit, welche in den Waren, die sie herstellt, zum Wert gerinnt. Sie findet also ihre Grundlage in der tatsächlichen Abstraktion von aller konkreten Eigenschaft des Menschen und in seiner Reduktion zum Träger menschlicher Arbeitskraft, die ihm die kapitalistische Produktion aufzwingt. „Als Recht auf ungestörte Verwertung von formal gleicher menschlicher Arbeitskraft sind die Menschenrechte keine Rechte von, sondern Rechte an Menschen, und die gegenseitige Anerkennung als Freie und Gleiche nur das blinde Resultat einer realen Vergleichung, die ohne menschliches Wissen und ohne menschlichen Willen geschieht.“² Diese reale Vergleichung sind der Kauf und Verkauf der Ware Arbeitskraft, ihre Veräußerung gegen Geld, die das ureigene Produkt der Durchsetzung kapitalistischer Produktionsweise ist.

... entbehren in der Dritten Welt ihrer Grundlagen ...

Bereits in der Kolonisationsepoche zeigte sich, dass die Menschenrechte Eigentum, Freiheit, Gleichheit und Sicherheit nur für die Mitglieder bürgerlicher Gesellschaften gelten, genau, wie diese Ge-

sellschaft den wirklichen Menschen „erst in der Gestalt des egoistischen Individuums, (...) in der Gestalt des abstrakten Citoyen“³ erkennt. In den ehemaligen Kolonien fand niemals eine ursprüngliche Akkumulation des Kapitals statt wie in den zivilisierten Ländern, bzw. sie ist dort in ihren Anfangsstadien stecken geblieben. Die Menschen der Dritten Welt können in ihrer großen Masse nicht zu Lohnarbeitern werden, sie sind für die Verwertung des Kapitals überflüssig. So lässt sich die Gleichgültigkeit der Politik Europas gegenüber den barbarischen Verhältnissen in Afrika und anderswo erklären, deren Zuseher beim Menschenschlachten in Ruanda nur auf sehr drastische Weise verdeutlicht, was von ihr alltäglich hingenommen wird: die Befangenheit von Menschen in vorzivilisierten Produktionsverhältnissen, ihre Unfreiheit, die Subsumtion ihrer Persönlichkeit unter ethnische Gruppen, Familienclans und bewaffnete Mörderbanden. Die Menschen der Dritten Welt sind den zivilisierten Staaten objektiv nichts. Wovon sie ihre eigenen Bürger als Menschen emanzipiert sehen wollen: persönliche Herrschaftsverhältnisse, vorbürgerliche Produktionsweisen, Unmündigkeit im Denken und Handeln, das existiert mit ihrem Wissen in den ehemaligen Kolonien fort. Wenn also in den zivilisierten Ländern die Rede vom Elend der Dritten Welt ist und wenn sich europäische Staatsbürger gegen diese Misere ereifern, dann muss neben dem Hunger zuerst auch die Rede davon sein, dass in diesen Ländern kein Schutz des Einzelnen vor dem Terror der Mehrheit besteht, der jeden Versuch eines schönen Lebens im Keim erstickt, dass Kinder nicht vor der Verwertung durch ihre Eltern oder ihre Herren geschützt werden, dass Frauen als Gebärmaschinen und Sklavinnen behandelt werden. Es muss also die Rede davon sein, dass die erste Voraussetzung für „Gerechtigkeit“ darin besteht, dass die Menschen Mitglieder bürgerlicher Gesellschaft sind, die in den Ländern der Dritten Welt nie durchgesetzt wurde. Nur unter solchen Verhältnissen sind der Schutz des Individuums, die Durchsetzung des Rechtes der Kinder auf Entbindung vom Produktionsprozess und die Gleichberechtigung der Frau möglich. Dies sind die Minimalbedingungen, den produzierten stofflichen Reichtum genießen zu können.

Die Nicht-Existenz der Menschen der Dritten Welt für das Kapital macht sich dort geltend, wo sie die kapitalistischen Staaten mit ihrer Existenz konfrontieren. An den Außengrenzen der EU kann man heute, wenn man will, beobachten, wie die Inferiorität der Menschen Afrikas für die kapitalistische Produktion gewaltsam durchgesetzt wird und Tote fordert. Die westlichen Staatswesen können den „schwarzen Mann“ nur dann als Bür-

ger emanzipieren, wenn er sich für ihre kapitalen Verwertungsprozesse als unentbehrlich erweist, also wenn es ihm aufgrund äußerst glücklicher Umstände gelingt, zum gebildeten Subjekt zu werden. Dies muss aber der Masse der Menschen in der Dritten Welt verwehrt bleiben. Im besten Fall müssen sie um ihrer bloßen Existenz willen unter den schlechtesten Bedingungen arbeiten, was jede Genussfähigkeit und jede Einsicht in die eigenen Verhältnisse und somit auch das Streben nach menschlicher Emanzipation im Keim erstickt. Diejenigen, deren Produktion für den Weltmarkt überflüssig ist, rotten sich in Stämmen und Banden zusammen, die meistens das Volk, welches sie selbst sind, befreien wollen: durch Unterdrückung, Plünderung und Mord der anderen, durch die gewaltsame Aneignung des wenigen, das angeeignet werden kann.

... gerade bei Fairem Handel, ...

Der Handel zu Preisen, die mehr als das nackte Überleben der Agrarproduzenten sicherstellen, ist also zu befürworten, weil er marginale Möglichkeiten der Entwicklung eines Bedürfnisses nach Luxus und Genuss darstellt. Nicht zu befürworten sind jedoch diejenigen, die in ihm etwas Gerechtes sehen wollen. Erstens könnte bei vernünftiger, genussorientierter Produktionsweise beim jetzigen Stand der Produktivkräfte in den Zentren weit mehr drin sein, als ein lausiges Leben als Kleinbauer. Zweitens bedarf es, damit der Kleinbauer überhaupt das genießen kann, was ihn durch seine Plackerei materiell über sein Umfeld erheben könnte, bürgerlichen Rechtes und bürgerlicher Staatlichkeit, die ihn überhaupt erst zum Eigentümer dieses Ertrages macht und ihn deshalb vor dem Zugriff des Dorfvorstehers oder der bewaffneten Bande schützt.

Nach Marx drückt der Wert einer Ware die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit aus, die zu ihrer Produktion notwendig ist. Das heißt, dass der Wert einer Ware steigt, je mehr Arbeitszeit – gemessen an „den vorhandenen gesellschaftlich normalen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnittsgrad von Geschick und Intensität der Arbeit“⁴ – für ihre Produktion notwendig ist. Innerhalb entfalteter kapitalistischer Verhältnisse sind die Warenproduzenten durch die Mechanismen der Konkurrenz dazu gezwungen, die zur Herstellung einer Ware notwendige Arbeitszeit möglichst zu verkürzen, um die Ware zu einem geringeren Preis verkaufen zu können als der Konkurrent. Der Wert eines Produktes auf dem Weltmarkt ist durch die geringste zu seiner Produktion notwendigen Masse abstrakter Arbeit gesetzt. Er ist bedingt durch die Produktionsverfahren der entwickeltsten Nationalökonomien, die das Produkt am effektivsten herzustellen in

der Lage sind. Um diesen Wert oszillieren die Preise des Weltmarktes.

Der Faire Handel, dessen Partner vornehmlich Kleinbauern sind, entscheidet sich ganz bewusst für einen höheren Preis als den, mit dem auf dem Weltmarkt gehandelt wird. Das heißt, er behandelt die Arbeitszeit, die die Kleinbauern aufwenden, als gesellschaftlich notwendige. Mehr noch, er behandelt diese Produktionsweise so, als ob sie ausgeweitet werden müsste, als ob an ihr irgendetwas Bewahrenswertes sei. Der Faire Handel tritt nicht für eine radikale Rationalisierung der Produktionsweise in der Dritten Welt ein, nicht für die Schaffung von technischen Bedingungen für Verhältnisse, in denen der Mensch nicht mehr leben muss um zu arbeiten, und vor allen Dingen nicht mehr arbeiten muss um zu leben. Im Gegenteil: Er versucht eine Produktionsweise zu befördern, der die Unfreiheit des Menschen so auf der Stirn geschrieben steht, dass jeder, der sie ansieht, sie mit Natur identifiziert. So z.B. schämt sich „e.velop“, die Entwicklungszeitschrift der Bundesregierung, auf ihrer Website keineswegs, dass die Handelspartner ehemalige Tagelöhner sind, die keinerlei Erfahrung in der ländlichen Produktion haben und bei primitivsten Arbeitsmethoden alles selber ausprobieren müssen, die also vegetieren in der Produktion. An dieser Stelle werden selbst die unzureichenden Erfahrungen und die Vereinfachungen der Produktion, welche Errungenschaften der Kolonialzeit und der Niederlassung internationaler Konzerne sind, der Sehnsucht der deutschen Kunden und ihren Händlern nach Naturverhaftung der Produktion preisgegeben. Diese Misere hat laut „e.velop“ natürlich nichts mit Fairem Handel zu tun, sondern damit, dass „in den vergangenen fünfzig Jahren viel traditionelles Wissen verloren ging“ durch die – oh Schreck – „industriell anmutenden Monokulturen“ internationaler Bananen-Konzerne, für deren Export „die Menschen“ arbeiten mussten.⁵ Solchem Verlust der Tradition wirkt der Faire Handel entgegen, indem er die Produzenten Afrikas, Lateinamerikas und Asiens auf Entwicklungsstufen zurückwirft, deren Produkt erst die bornierten Traditionen waren. Der Faire Handel ist also fair gerade gegenüber den Verhältnissen, die die Dritte Welt so hässlich und zur Naturhölle der Menschheit machen. Seine Vorliebe gilt nicht den wenigen Inseln industrieller Produktion, also Bedingungen, die vor 500 Jahren in England und Frankreich zur gewaltsamen Entwurzelung der Landbevölkerung führten und sie der despotischen Idiotie ihres Landlebens entrissen, um sie in der Idiotie der industriellen Produktion zugleich mit ihrem menschlichen Elend zu konfrontieren, als ihnen auch die Mittel für die Beseitigung dieses Elends in die Hand zu geben. Es geht ihm

nicht um die Emanzipation der Menschen, als deren Mentor er sich ausgibt. Der Faire Handel verabscheut die industrielle Produktion, wie er die Zivilisation verabscheut und seine Kunden sich für die Kultur urwüchsiger Stämme faszinieren. Es geht ihm nicht darum, dass die Afrikaner ein gutes Leben führen können, dessen Maß allein im Luxus der kapitalistischen Zentren gesehen werden kann, sondern darum, dass sie auch zukünftig in Würde vegetieren.

Besonders ernst nimmt dies Bekenntnis zur Tierexistenz des Menschen das erwähnte Entwicklungsmagazin der deutschen Bundesregierung, dort wo von „Vielfalt“ die Rede ist, wenn es um das Leben von Menschen geht, wo man sich für die Annäherung der Agrarproduktion an den Urwald fasziniert und sich freut, wenn Kleinbauernfamilien „neue Pflanzen ausprobieren“. Was hier wohlwollend noch als Verwirklichung regierungsamtlichen Zynismus abgetan werden könnte, ist rund 700 Weltläden und einigen tausend Aktionsgruppen in Deutschland „ein Stück Welt von morgen“. Zu diesen Initiativen kommen noch die Handelskooperativen dazu, die autochthonen Kleinbauern aus rein menschlicher Sympathie einen Laientisch organisieren, weil die Herzen ihrer Mitglieder und Kunden international für das Elend in der Produktion schlagen. Ihr Tun wird getrieben vom Hass auf alles, was die Bedingungen liefert, unter denen sich der Mensch aus dem Elend befreien könnte. Kurz: auf die Moderne.

... der verächtliche Absichten verfolgt.

Doch dies allein treibt sie nicht um. So sind in der Sommerausgabe des Magazins „Welt&Laden“ Schneiderinnen abgebildet, die unter halbautomatisierten Bedingungen arbeiten, freilich ökologisch und sozial nachhaltig. Dazu heißt es, dass es nicht nur wichtig sei, möglichst wenige Chemikalien bei der Produktion von Baumwolle zu verwenden, sondern auch den „Hauptwertschöpfungsanteil“ und den „Mehrwert“ vollständig im Herstellerland zu belassen. Es geht ihnen also darum, dass der Teil des Mehrwertes, der nicht für den Betrieb der fairen Handelskapitale erforderlich ist, auch wieder in der Produktion landet. Wo in Europa die Arbeit ausgeht und die Zivilisationsfeindschaft noch nicht so weit gediehen ist, dass zur Maschinenstürmerei übergegangen wird, müssen die Fanatiker der Vernutzung des Lebens in der Produktion, die Freunde der Arbeit, auf eine Werkbank, die in Europa überflüssig geworden ist, zurückgreifen. Und diese hässliche, ungestaltete, knechtende, urwüchsige Werkbank ist eben die Dritte Welt. Hauptsache, es wird gearbeitet. Wichtig ist nicht, wie es die Freunde des Fairen Handels behaupten, dass es den Menschen der Peripherie gut geht. Denn

das hieße ja, dass sie mit Genuss dem Luxus frönen könnten. Nein, diesen Gutmenschen sind Arbeit und Leben ein- und dasselbe. Wichtig ist ihnen, dass der Händler des Genusses entsagt, den er durch den Handel haben könnte. Wichtig ist, sie sagen es selbst, dass Gewinnmaximierung nicht zum Zweck der Produktion wird, weil sie in ihr das Interesse des Menschen sehen, der nach bürgerlichem Glück strebt, obwohl er Kapitalist ist. Die Händler und Kunden des Fairen Handels treibt der Wahn um, dass das Elend seine Ursache im Luxus hat und durch Arbeit gelindert werden kann. Sie ziehen einen perversen Genuss daraus, dass sie Verzicht üben, indem sie den höheren Preis zahlen. Sie kaufen zum höheren Preis, weil sie Verachtung hegen dem gegenüber, der so handelt, als ob sein eigenes individuelles Glück ein vom Elend der Entwicklungsländer getrenntes und letzteres nicht die Folge des ersteren sei. Sie verachten also diejenigen, die das Kapital als Mittel zum Streben nach individuellem Glück missbrauchen, es also zur persönlichen Bereicherung nutzen. Sie möchten gern die Gewinnmacherei beseitigen. Nicht weil sie etwas gegen kapitalistische Mehrwertproduktion hätten, sondern weil sie den Mehrwert vollständig kapitalisiert sehen möchten, weil in ihrem Denken die Gesetzmäßigkeiten des Kapitals so blind und vollständig vorausgesetzt sind, dass ihnen nur noch die menschliche Regung legitim ist, die den Zwecken des kapitalen Verwertungsprozesses zuträglich ist. Die Organisationen des Fairen Handels sind ihnen ideale Unternehmen, deren Protagonisten idealistisch-selbstlos auf jegliche persönliche Bereicherung verzichten und arbeiten,

um wieder arbeiten zu können. Dem Kapital nämlich ist es, solange die Produktion läuft, gleichgültig, ob seine Eigentümer, beziehungsweise seine gesellschaftlichen Vertreter sich dadurch, dass sie einen Teil des realisierten Mehrwertes für die persönliche Konsumtion verwenden, ein genussreiches Leben ermöglichen. Zwar bedarf es des Repräsentanten, doch der persönliche Reichtum und die subjektive Möglichkeit, ihn zur Entfaltung der eigenen Persönlichkeit zu verwenden, haben sich als Ausweis dieser Repräsentanz spätestens in der Postmoderne erledigt und gelten heute als Anachronismus. Die fairen Händler und ihre Kunden stehen nicht nur für die Förderung der Ökonomie des Elends in Afrika, Lateinamerika und Südostasien ein. Sie fordern auch das Elend der Ökonomie in den Staaten, in denen sie selbst leben. „Schluss mit der Gewinnmacherei“ blökt die antikapitalistische Seele. In die Sprache der politischen Ökonomie übersetzt heißt dieser Ruf: internationaler Handel mit den kleinen Warenproduzenten, den Kooperativen, den Selbstvernutzern jeglicher Art. Er meint internationale Solidarität der Gutmenschen zum Erhalt des Elends in allen Lebensbereichen und gegen industriell anmutende Banankulturen, Vereinfachung der Produktion und alles, was trotz kapitalistischer Verhältnisse Genuss bringen könnte.

Anmerkungen:

- 1 MEW Bd. 1, Berlin 1983, S. 366.
- 2 Tina Heinz, Die Verschwörung der Gleichen, in: Bahamas 30, Winter 1999
- 3 MEW Bd. 1, S. 370.
- 4 MEW Bd. 23, Berlin 1979, S. 53.
- 5 <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Magazine/emags/develop/050/s4-fairerhandel>

Specials aus der Provinz:

www.bonjour-tristesse.tk

The same procedure ...

... as every day. Wahnsinn, Kuriositäten und Erfreuliches aus der Provinz.

» Irritierender Festakt

Am 9. November wurde auf dem Universitätsplatz eine kleine Bodenplatte eingeweiht, die an die Bücherverbrennung durch die hallische Studierendenschaft und zahlreiche Mitglieder des Lehrkörpers erinnern soll. Einen Tag später, am 525. Geburtstag Luthers, lud die Universitätsleitung zu einem größeren Festakt ein. Der Anlass der Feierstunde war, so verkündete es eine offizielle Pressemitteilung der Universität, die Verleihung des Namens „Martin-Luther-Universität“ vor 75 Jahren. Im Jahre 1933 brannten in Halle nämlich nicht nur hunderte Bücher, Hermann Göring höchstpersönlich verlieh der hallischen Universität im November zudem den Namen, den sie bis heute trägt. Die Namensurkunde mit Görings Unterschrift wurde auf den 10. November 1933 datiert. In der Nacht zuvor waren in ganz Deutschland jüdische Wohnhäuser und Geschäfte verwüstet, Synagogen angezündet, tausende Juden verschleppt und Hunderte ermordet worden.

Diesen 10. November 1933, genauer gesagt seinen 75. Jahrestag, wollte die Universitätsleitung zünftig begehen und lud zum „Festakt“ mit musikalischem Programm und „Festvortrag“. Nur die Schnittchen fehlten. Dafür hatte man sich aber extra einen Aufsatz bestellt, der längst widerlegte und wissenschaftlich unhaltbare Thesen mit wissenschaftlich äußerst fragwürdigen Methoden zu untermauern sucht. Hauptthese des Aufsatzes ist die ehrenrettende Behauptung, dass die Umbenennung der Universität als christlich-oppositioneller Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime zu deuten sei. Die Ergüsse des ideologischen Nachwuchskaders Silvio Reichelt, die selbstverständlich 2009 in einem Jubiläumsband erscheinen werden, wurden jedoch von kompetenter Seite zerplückt und widerlegt – und das ausgerechnet auf dem absurden Festakt selbst. Nachdem antifaschistische Studierende die Feier als „pietätlose Veranstaltung“ öffentlich skandalisiert, und berechtigterweise nach dem offensichtlich äußerst fragwürdigen Geschichtsverständnis der Universitätsleitung gefragt hatten, wurde letztere ausgerechnet von ihrem eigenen „Festredner“ brüskiert.

Der Historiker Jürgen John stellte zu Beginn seines Vortrages – gegen einige protestierende Studierende war seitens der Universität bereits ein Hausverbot ausgesprochen worden – klar, dass er die Veranstaltung eines „Festaktes“ für mehr als irritierend halte. Diese Irritation, so John, teilten offensichtlich die protestierenden Studenten. Er wolle eine historisch-kritische Untersuchung der Namensgebung ver-

suchen. Die folgenden Ausführungen dürften den anwesenden Gästen kaum gefallen haben. Verschiedene Behauptungen, wonach beispielsweise der Name „Alfred-Rosenberg-Universität“ verhindert worden, oder wonach die Namensgebung ein oppositioneller Akt der Akademiker, allen voran der protestantischen Theologen gewesen sei, verwies John ins „Reich der Mythen“. Als Mythos bezeichnete er damit also auch den Narrativ, der von universitärer Seite seit längerem gepflegt wird – jüngst hatte Reichelt ihm einen akademischen Anstrich verpassen wollen.

Die Mehrheit der Studierenden und der Professoren sei den Nationalsozialisten gegenüber positiv eingestellt gewesen. Gegen kritische Wissenschaftler wie den Theologen Dehn sei schon vor 1933 ein regelrechtes Kesseltreiben durchgeführt worden. Der im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts von der Mehrheit geteilte Lutherentwurf sei der des „deutschen Luther“ gewesen, völkisch und nicht zuletzt rassistisch extrem aufgeladen. Dies war aufgrund seiner antisemitischen Schriften auch nicht schwierig. Die Namenswahl, so betonte auch John, muss als deutliches Zeichen der Kooperationsbereitschaft seitens der Uni-Eliten an das nationalsozialistische Regime verstanden werden. So sie nicht selbst NS-Aktivistinnen waren, standen sie dem Regime zumindest wohlwollend gegenüber. Der neue Name der Universität – der Name des „deutschen Reformators“ und ersten Antisemiten Martin Luther – versicherte dies schließlich allen Beteiligten.

» Arbeit ist das ganze Leben

Wer im Spätsommer aufmerksam die Lokalpresse verfolgt hat, dem dürfte die blätterübergreifende Unterstützungskampagne der hiesigen Lohnschreiber für den „4. Freiwilligentag“ kaum entgangen sein. In zahlreichen Artikeln rührten hallische Provinzjournalisten die Werbetrommel für die Aktion, die von der „Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V.“ und anderen gemeinnützigen Vereinen veranstaltet wurde. Motto des im Rahmen der bundesweiten „Woche des bürgerschaftlichen Engagements“ stattfindenden Tages: „Ich spende Zeit für meine Stadt!“

So verkündete die Lokalpostille „Mitteldeutsche Zeitung“ (MZ), dass sich an diesem Tag der Bürger „auf unterschiedlichste Weise fürs Gemeinwohl einsetzen kann“ und wies auf die „Gelegenheit“ hin, „in die vielfältigen Möglichkeiten ehrenamtlichen Engagements in der Saalestadt einzutauchen“. Andere Blätter stießen ins gleiche Horn und warben eifrig für das unter der Schirmherrschaft der Oberbürgermeisterin Szabados

stehende Projekt. Das Obdachlosenmagazin „Pflaster“ betonte den gemeinschaftsstiftenden Geist der Veranstaltung und der „Wochenspiegel“ feierte hallische Bürger, die sich in „fröhlich-produktive[r] Atmosphäre [...] einen Tag ins Zeug legen“. Auch der „Kulturfaller“ war ganz ergriffen vom kollektiven Arbeitseinsatz und schrieb von einer „wunderbare[n] Gelegenheit, die eigenen Fähigkeiten in den Dienst einer guten Sache zu stellen“. Und „aha“, das dümmste Magazin der Stadt, brachte unfreiwillig auf den Punkt, worum es bei solchen Veranstaltungen immer auch geht: Arbeit um der Arbeit willen. Hauptsache es wird gewerkelt und „jeder Teilnehmer geht mit dem guten Gewissen nach Hause, mit fleißigen Händen etwas vollbracht zu haben“.

Am 20. September war es dann soweit. Die Bürger der Saalestadt konnten aus 35 Projekten eines wählen, um ja nicht den Samstag mit Müßiggang oder anderen angenehmen Dingen ausfüllen zu müssen. Das Angebot war so umfangreich, dass es nicht nur jedem der ostzonalen Subotnikfreunde das Wasser in die Augen getrieben haben muss, sondern auch jeder Gesinnung einen Platz bot. So gab es ein Projekt mit dem Namen „Zeitlose Blumengeschichten“, in dem man mit Bewohnern eines Seniorenheimes Blumengestecke basteln konnte. Als Veranstalter tat sich hierbei die reванchistische „Landmannschaft der Deutschen aus Russland e.V.“ hervor, die sich offiziell zur 1950 von NSDAP-Mitgliedern initiierten „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ bekennt.

Für hallische Bürger, die das Vertreiben von Deutschen zwar doof, aber landsmannschaftliche Deutschtümelei und Gebietsansprüche vielleicht etwas unzeitgemäß finden, hielt der Verein „Zeitgeschichte(n) e.V.“ – in dessen Publikationen so genannte „Vertriebene“ ihre Erinnerungen ausplaudern dürfen – ein etwas anderes Betätigungsfeld parat. Im Reinigungsmittelreklame-Jargon rief er zur Teilnahme am Projekt „Erinnerung bewahren – Wir putzen die STOLPERSTEINE!“ auf und wollte den Gedenksteinen, die an die von den Deutschen ermordeten NS-Opfer erinnern, „wieder ein strahlendes Aussehen“ verschaffen. Das Engagement der putzwütigen Freiwilligen, die sich einen staatstragenden Antifaschismus auf ihre Arbeitskleidung geschrieben haben – der die Erinnerung an das Menschheitsverbrechen der Deutschen wach hält, um an anderen moralisch Maß nehmen zu können und sich einen Teufel um heute lebende Juden schert – wurde dann auch in der MZ lobend erwähnt.

Neben dem generationsübergreifenden Angebot viel eines deutlich ins Auge. Es waren vor allem städtische Projekte, die überdurchschnittlich hoch vertreten waren. So konnten die Teilnehmer in zwei Schulen, einem Kindergarten und zwei Begegnungsstätten ihre Arbeitsbereitschaft unter Be-

weis stellen und an diesen unentgeltlich Renovierungs- und Malerarbeiten ausführen. Ebenso häufig waren Projekte vertreten, die direkt städtische Aufgaben übernahmen, aber von privaten Initiativen veranstaltet wurden. So stand das Reinigen öffentlicher Parkanlagen ebenso auf dem Arbeitsplan, wie das Vorlesen in Horten, Kindergärten und -heimen. Auch mehrere Angebote zur Seniorenbetreuung in städtischen Pflegeeinrichtungen fehlten dabei nicht.

Das Abfeiern unbezahlten freiwilligen Schuftens für das „Gemeinwohl“ in der Lokalpresse, die steigende Abgabe von bisher öffentlichen Aufgaben an ehrenamtliche Initiativen und die Teilnahme von über 200 Bürgern zeigt eines deutlich. Jene haben den Staat so stark verinnerlicht, dass sie über keinerlei Eigeninteressen mehr verfügen, die sie nötigenfalls auch gegen staatliche Interessen durchsetzen könnten. Ihre Sache ist die Sache des Staates. Die Agitation für den Einsatz für das Gemeinwohl, zu Deutsch: der Dienst am nationalen Kollektiv, richtet sich immer auch gegen jene, die sich, aus welchen Gründen auch immer, wenig um solchen Unsinn scheren. Daher kann es auch kaum erstaunen, dass sich Heidi Jürgens in einem Kommentar in der MZ schwer über eine unbekannte Hallenserin empörte, die die auf dem Marktplatz versammelte Arbeitsbrigade mit den Worten „Schon wieder irgend so eine Werbeaktion“ ignorierte. In einem flammenden Appell forderte Jürgens die Bürger auf, doch „genauer hinzuschauen“ und weiter „am Ball [zu] bleiben“. „Wenn sich Leute an einem freien Tag einfinden [...], um dort zu helfen, wo es gerade nötig ist“, dann sei dies „bemerkenswert“ und habe gefälligst „Hochachtung verdient“.

Der Freiwilligentag zeigt, dass die Bereitschaft für das Wohl des Staates freiwillig den Gürtel enger zu schnallen gerade im Osten ungebrochen hoch ist. Er verweist auf die Sehnsucht nach einer autoritären mobilisierten Gemeinschaft, in der sich der Einzelne freiwillig dem nationalen Kollektivinteresse unterordnet und sich damit als Individuum quasi auslöscht.

» Reliquien eines Antisemiten

Am 31. Oktober 2017 jährt sich Luthers Thesenanschlag zum 500sten Mal. Um dieses Jubiläum auch ja nicht zu verpassen, wurde im September dieses Jahres schon mal die Lutherdekade eingeläutet. In diesem Zusammenhang ist in Sachsen-Anhalt ein Pilgerweg entlang ostdeutscher Dörfer eingerichtet worden, die abgesehen von ihrer Trostlosigkeit nur den Beinamen Lutherstadt zu bieten haben. Ein weiterer Beitrag ist eine Reliquienschau mit dem Namen „Fundsache Luther“, die am Reformationstag im Landesmuseum für Früh- und Vorgeschichte eröffnet wurde.

In dieser Ausstellung wird unter anderem ein Exemplar von „Luthers Tischreden“ präsentiert.

Hierin heißt es zum Beispiel: „Wie es unmöglich ist, daß die Aglaster ihr Hüpfen und Getzen läßt, die Schlange ihr Stechen: so wenig läßt der Jude von seinem Sinn, Christen umzubringen, wo er nur kann.“ In einer anderen Rede erläutert Luther, wie er gern mit den Juden verfahren würde: „Wenn ich einen Juden taufe, will ich ihn an die Elbbrücke führen, einen Stein an den Hals hängen und ihn hinab stoßen und sagen: Ich taufe dich im Namen Abrahams.“ Obwohl die Ausstellungsleiter zahlreiche Zitate aus den „Tischreden“ im Zusammenhang mit verschiedensten Exponaten verwendeten, sparten sie derartige antijudaistische Passagen aus. Ebenso kommen sie nicht auf Luthers Antisemitismus zu sprechen, der deutlich über die religiösen Motive des Judenhasses seiner Zeitgenossen hinausging. Lesen sich doch Luthers Traktate „Von den Juden und ihren Lügen“ und „Vom Schem Hamphoras“ wie ein Programm der NSDAP, wie Knut Germar bereits vor einem Jahr in Bonjour Tristesse Nr. 3/2007 ausführte.

Stattdessen zogen es die Ausstellungsleiter vor, Becher auszustellen, aus denen Luther einst getrunken haben könnte, Murmeln, mit denen er eventuell im Kindesalter gespielt und Knochen, an denen er möglicherweise genagt hat. Dabei müsste doch auch ohne die Lektüre der Bonjour Tristesse bei den Ausstellern mittlerweile angekommen sein, was für ein übler Antisemit Luther war. Dass sie das Thema trotzdem nicht behandelt haben, wo sie doch sonst jedes noch so unwichtige Detail seines Lebens beleuchten, legt die Vermutung nahe, dass sie ihn entweder nicht als solchen erkennen können, da sie diesem im Grunde ja zustimmen oder dass sie schlichtweg die Leistungen ihres zweitbesten Deutschen nicht schmälern wollten. War es doch Luther, der mit dem lutherisch-protestantischen Arbeitsethos die wesentlichen Voraussetzungen für den deutschen Arbeitsbegriff schuf. Ein Arbeitsbegriff, der „ehrliche deutsche“ Arbeit gegen „schmarotzende raffende“ Arbeit in Stellung brachte und bis heute wichtiges identitätstiftendes Moment der Deutschen ist. Da darf natürlich der mittlerweile offiziell geächtete Antisemitismus das Bild des großen Mannes nicht trüben. Er hofft sich doch Harald Meller, Direktor des Landesmuseums, dass die Ausstellung zur „inneren Einheit Deutschlands beitragen“ könne. (Nachzulesen unter: www.halleforum.de) Ein Zweifel daran, dass die Ausstellung zum populären Antisemiten ein großer Erfolg beim deutschen Publikum wird, kann jedenfalls nicht bestehen.

» Magdeburger Barbaren

Wenn Nazis andere Menschen attackieren, greifen Polizei, Medien und zivilgesellschaftliche Initiativen gern auf die Formel

von der „politisch motivierten Gewalttat“ zurück. Doch was ist, wenn sich die Gewalt eines Nazis einmal nicht gegen Nicht-Deutsche, Juden, Linke oder Homosexuelle richtet? Handelte der Täter dann als Nazi, oder ist er nur einem Hobby, das er neben seinem Nazi-Dasein betreibt, nachgegangen? Tatsächlich übersieht die Rede von der „politisch motivierten Straftat“, dass es zwar einerseits kein Zufall ist, dass sich die Gewalt von Neonazis in erster Linie gegen Obdachlose, Juden, politisch Andersdenkende, Ausländer und Schwule richtet, die Naziideologie andererseits aber nicht zuletzt der Rationalisierung eines allgemeinen grundbarbarischen Zerstörungsbedürfnisses dient. Das eigene Vernichtungsbedürfnis wird notdürftig „politisch“ mit dem Ausländer, der dem Nazi angeblich seine deutsche Maid wegnimmt, einer fiesen jüdischen Weltverschwörung oder den „schmarotzenden“ Handlungen des Obdachlosen begründet. Man kann schließlich nur schwer von sich sagen, ohne jeden Grund am liebsten alle töten zu wollen, ohne für irre erklärt zu werden. Vor einiger Zeit konnte beobachtet werden, wie diese Kombination aus allgemeinem Vernichtungsbedürfnis und seiner Rationalisierung in Naziideologie auch die politischen Gegner der Nazis irre werden lässt.

In der Nacht zum 16. August wurde ein 20-Jähriger in Magdeburg Opfer einer von einem Nazi begangenen Bluttat. Als sich der junge Mann nach einem Diskothekbesuch auf den Nachhauseweg begab, wurde er unweit des Veranstaltungsortes vom gleichaltrigen Täter ohne erkennbaren Grund – einen vernünftigen Grund kann es ohnehin nicht geben – so heftig verprügelt, dass er an seinen Verletzungen verstarb. Der Angreifer trat immer wieder auf den am Boden Liegenden ein, so dass dieser schließlich an seinem eigenen Blut erstickte. Nach dieser zutiefst widerlichen Tat gaben Magdeburger Linke und andere Nutzer des Internetportals „Indymedia“ ein auf anderer Ebene jedoch nicht minder abstoßendes Bild ab. Als die Polizei den mutmaßlichen Täter, einen vorbestraften Neonazi, festnahm, glaubte man gleich zu wissen, dass es sich um einen politisch motivierten Mord gehandelt haben müsse. Sofort begann in den Kommentaren von „Indymedia“ der beliebte Body Count, indem man sich gegenseitig vorrechnete, wie viele Todesopfer die Aktivitäten von Neonazis in Magdeburg bereits forderten. Doch diesmal war das Opfer weder Nicht-Deutscher, noch Punk noch ein erkennbarer Linker, sodass die üblichen Erklärungsmuster scheiterten. Schnell ging dann auf „Indymedia“ das Gerücht um, der Ermordete könne homosexuell gewesen sein. Die linke Sicht auf den Charakter sogenannter „rechter Gewalt“ wäre damit wieder in Übereinstimmung mit der Realität; der Täter hätte ein politisches Motiv und in den Augen der Antifa wäre alles prima. Die Mag-

deburger Autonomen, bekanntermaßen ein Zusammenschluss aus Israelhassern mit hoher Gewaltaffinität, planten darauf eine Demonstration mit dem Motto: „Wut und Trauer zu Widerstand! No Pasaran!“. Die Instrumentalisierungsmaschinerie begann sofort anzulaufen. Verschiedene Nutzer von „Indymedia“ gingen den vermuteten homosexuellen Neigungen nach und untersuchten das StudiVZ-Profil des Toten auf Hinweise. Im Duktus einer Pressemitteilung eines Dorfpolizeireviers lautete das Fazit folgendermaßen: „Durch die Informationen auf dem StudiVZ-Account des Opfers kann man eher nicht auf ein ‚typisches Motiv‘ für einen neonazistischen Hintergrund schließen.“ Sehr erkenntnisreich ist auch die weitere Auswertung des Profils: „Er bezeichnete sich selbst als unpolitisch und macht (auf Fotos und durch eigene Angaben) auch nicht den Eindruck, man könne ihn optisch einer bestimmten Szene zuordnen. Auch kann man hier nicht auf eine [!] Homosexualität schließen.“ Wie muss denn die Seite eines Homosexuellen in den Augen der Magdeburger Stadtguerilla aussehen? Rosa Bildchen? „Village People“ als Lieblingsband? Frisör als Beruf? Auch aus der Tatsache, dass der junge Mann noch zu Hause wohnte, wurde geschlossen, dass er deshalb nicht schwul sein könne. Obwohl solche Gedankengänge eher Heiterkeit und Befremden auslösen sollten, sind sie vor dem Hintergrund eines viehischen Mordes nur eines: menschenverachtend.

Nach reichlichen Überlegungen, ob dieser Mord nun „politisch“ war oder nicht, entschieden die Magdeburger Linken schließlich doch, ihre angebliche „Trauer“ in „Widerstand“ verwandeln zu müssen. Großspurige Ankündigungen, dass es eine Antifa-Demo geben werde und der „Nazi-Mord“ nicht ohne Reaktionen bleiben solle, waren in Folge zu vernehmen. Statt solch diffusen Widerstand gegen „rechte Gewalt“ das Wort zu reden, sollte die Magdeburger Linke lieber Verhältnisse kritisieren, die solche Mörder hervorbringen. Doch von Menschen, die andere unabhängig von deren konkreten Eigenschaften töten, möchte man in der Elbestadt mehrheitlich lieber nichts wissen.

Übrigens: Erst nach massivem Bitten der Angehörigen des Toten verzichteten die Magdeburger Antifas darauf, ihre „Wut“ in „Widerstand“ zu verwandeln.

» Ein Provinzblatt und die Juden

Wenn eine deutsche Provinzzeitung über den Nahen Osten berichtet, sind für sie vor allem israelische Verfehlungen von besonderem Interesse. Da es sich aber offenbar bis zur „Mitteldeutschen Zeitung“ herumgesprochen hat, dass besonders harsche „Kritik“ an Israel antisemitische Züge haben könnte, ist man auch hier vorsichtiger geworden. Man kritisiert also nicht mehr die Israelis allgemein (also den Juden an sich), sondern nur einzelne Exemplare dieser Spe-

zies. Um aber dem Vorwurf, es könnte dennoch antisemitisch sein, zu entgehen, lässt man einfach einen Israeli sprechen. Nichts könnte unverdächtiger sein. Uri Avnery und Felicia Langer sind für diesen Job schon zu ausgelutscht und unseriös obendrein. Doch es gibt Alternativen: Am 16. August veröffentlichte die MZ den Artikel „Ein denkbar schlechter Kandidat“ von Akiva Eldar, Leitartikler der linksliberalen israelischen Tageszeitung „Ha’aretz“. In diesem Text schreibt der Autor über Israels Verkehrsminister Schaul Mofaz, der damals als Nachfolger Ehud Olmerts für das Amt des Ministerpräsidenten infrage kam. Das Niveau des Artikels hat es in sich und dürfte den Bedürfnissen der deutschen Leser durchaus genügen. Mofaz, ein politischer Hardliner, wird als „gefährlicher politischer Hasardeur“ bezeichnet, der noch dazu dumm sei. Eldar zitiert einen ungenannten hochrangigen israelischen Staatsbeamten, der sagte, Israels entscheidender Vorteil im Nahen Osten sei die „weit verbreitete Meinung [...], die israelischen Juden seien so überaus intelligent“. Mit Mofaz als Ministerpräsident wird, so Eldar, „diese Legende Lügen gestraft“. Würde er Präsident werden, würde dies „den Nachbarstaaten vor Augen führen, wie weit der kulturelle Verfall Israels fortgeschritten“ sei. Mofaz wird hier pars pro toto für die israelische Politik angegriffen. „Schmach und Schande“ der anderen Staatsführer hätten „die Messlatte für den Antritt einer Führungsposition in diesem Land niedriger gelegt“. Bei Mofaz, der keine wirkliche Strategie bereithält, reiche es nun aus, dass er „nicht genug Leichen im Keller hat, die einem minderbemittelten Politiker wie ihn daran hindern könnten“, Präsident zu werden. Während seiner Zeit im Militär sei er ein „mittelmäßiger Brigadier“ mit „Kurzsichtigkeit“ gewesen. Seine harte Linie gegenüber palästinensischen Terroristen und der Abzug aus dem Libanon 2000 „überzeugte die Einwohner der palästinensischen Gebiete davon, dass sich die israelische Okkupation eher durch Gewaltakte [...] als auf dem diplomatischen Weg“ beenden ließe. Letztlich seien also die Israelis am Terror der Palästinenser schuld. Ganz so, als gäbe es keinen arabischen bzw. islamischen Antisemitismus und nicht den Wunsch, ganz Israel und seine Bewohner auszulöschen. Ganz so, als wollten die Palästinenser nur etwas Frieden und ihre Ruhe. Kriegslüsterne Leute dagegen wie Mofaz „schüren das globale Feuer“. Die Aussage Mofaz’, dass Israel keine andere Wahl habe als den Iran anzugreifen, um das gegen Israel gerichtete Atomwaffenprogramm zu unterbinden, gilt als Beleg der Zerstörungswut des israelischen Politikers.

Während sich die MZ nie sonderlich für die israelische Innenpolitik interessierte, bot sie mit diesem Artikel, der sich scheinbar mit genau jenem Thema zu beschäftigen vorgab, ein Lehrstück des unverdächtigen

Antizionismus deutscher Journaille. Ganz ohne direkte Hetze und doch für die Leser eindeutig genug wurde am Beispiel Mofaz die vermeintliche Schlechtigkeit der Juden vorgeführt. Wäre wirklich das Interesse an der Innenpolitik in Israel der Grund für einen Artikel gewesen, hätte man in der „Jerusalem Post“ sicherlich etwas Besseres gefunden. Auch in der „Ha’aretz“ lassen sich vernünftiger Artikel finden als jener von Eldar. Doch die kommen den Bedürfnissen eines ostdeutschen Provinzblattes und seinen Leser nicht entgegen.

» Der Jude des Fastfoods

Auf einer hallischen Neonazihomepage konnte vor kurzem beobachtet werden, welche Folgen zu viel Langeweile (keine Arbeit, keine Freundin, kein Jugendclub!) und der extensive Konsum von Kochsendungen haben können. Anstatt das zu tun, was hallische Nazis eben so tun – doof aussehen, Tierlaute von sich geben und sich zum Gespött ihrer jüngeren Geschwister machen –, machten sich die Betreiber dieser Homepage plötzlich Gedanken über den Schutz der einheimischen Esskultur. Der Hintergrund: In einem großen hallischen Internetforum war zuvor darüber diskutiert worden, welcher Imbiss der Saalestadt den besten Döner zubereitet. Die Kameraden brachten ihre Empörung über einen solchen Verrat der guten alten Bratwurst ausgerechnet in einem Gedicht zum Ausdruck, das uns kurz vermuten ließ, ihre Homepage sei von den Humorsoldaten der Cyber-Antifa übernommen worden. Aber nein, die lyrische Hommage an die Bratwurst war eindeutig Made by Nazi und vor allem: vollkommen ernst gemeint. Dieser Perle deutscher Dichtkunst kann man, frei nach Karl Kraus, tatsächlich nichts Schlimmeres antun, als sie zu zitieren. In diesem Sinne:

Unbekannter Nazi **Bratwurst statt Döner**

Franken, das Land der Bratwurst,
Fränkische, Coburger, Kuhlbacher, Hofer,
Nürnberger, Würzburger, Pfälzer und
Oberpfälzer Bratwurst
Südbadener Rote
Nordhessische Bratwurst
Schlesische Bratwurst
Westfälische Bratwurst
Sulzbacher Meterbrater
Rostocker Bratwurst
Thüringer Rostbratwurst
und natürlich die Stadionbratwurst der
Sportfreunde beim HFC,

sie alle haben eins gemeinsam: Trotz ihrer Unterschiedlichkeit haben sie eine Heimat und sind Teil unsere Kultur, die es zu schützen gilt.

Der Döner hat keine Heimat, denn in der Türkei kennt ihn keiner!

» Nationaler Volkspolizist reloaded

Es ist noch nicht allzu lange her, dass die hallische Kulturkamarilla ein Erbarmen hatte und Peter Sodann als Intendant des „Neuen Theaters“ den Laufpass gab und auch der „Mitteldeutsche Rundfunk“ (MDR) dem „Tatort“-Publikum nicht weiter das Gesülze des larmoyant jammernden „SuperIllu“-Superstars zumuten konnte. Es schien, als würde man in Zukunft nicht weiter von der selbsternannten „Stimme des Ostens“ belästigt werden, bzw. dass die Gefahr lediglich von einem einsamen Spaziergänger ausginge, der mürrisch die neuesten Brechtzitate vor sich hin brabbelt. Auch wir sahen uns ja bereits veranlasst, in einer der letzten Ausgaben einen Nachruf abzudrucken. Doch weit gefehlt! Bekanntlich steht zum Mai 2009 der Arbeitsplatz des Bundespräsidenten zur Disposition, eine Stelle, die für jeden vernunftbegabten Menschen allein schon wegen der schlechten Außenwirkung abzulehnen wäre. Doch die üblichen Jobagenturen SPD und CDU stehen mit ihren Bewerbern bereit, und auch „Die Linke“ benennt mit Peter Sodann zum ersten Mal einen Kandidaten. In seinen daraufhin öffentlich aufgeführten Bewerbungsgesprächen macht der ideelle Gesamt-Ossi vor allem eines deutlich: dass er diesen Titel auch verdient. Sein zwischen allerlei selbstdarstellerischem Gefasel („wissen Sie, ich löse jeden Morgen auf der Toilette zwei Kreuzworträtsel“) durchscheinendes Wahlprogramm ist sowohl mit deutschen Stammtischen als auch mit dem der NPD kompatibel. Letztere sicherte spontan jegliche Unterstützung zu, bewundert Peter Sodanns „Tabubrüche“ und würde ihn am liebsten „umarmen“. Vor allem seine Allmachtsphantasien bezüglich einer Polizeigewalt gegenüber Bankern und Managern – sein größter Wunsch ist es, Josef Ackermann zu verhaften – und sein Hass auf Amerika werden fraktionsübergreifend ignoriert. Hingegen arbeitet sich Kritik an seinen Äußerungen zumeist nur daran ab, dass er aufgrund seines Demokratieverständnisses – nach welchem der Bundespräsident „die Seele seines Volkes ausdrücken“ und der unvermittelte Vollstrecker des Volkswillens sein muss – nicht in der Lage sei, „Deutschland zu repräsentieren“ und er die „Würde des Amtes beschädige“.

George W. Bush und sein Nachfolger dürfen sich allerdings vor Schwafel-Attacken in Sicherheit wiegen, denn Sodann erklärte in der Manier eines bockigen Kleinkindes, dass er mit dem Präsidenten der USA gar nicht reden will. Nach Meinung der Bonjour Tristesse ist dies wiederum höchst unfair, denn es wäre schön, wenn er seine dahingehende Absichtserklärung auch auf die restliche Menschheit ausdehnen und einfach die Fresse halten würde.

» Stimme und Faust der Nation

Monumentaldenkmäler sind eines Kommunisten und Antifaschisten unwürdig. Erst recht, wenn sie so hässlich wie das monströse Thälmann-Denkmal in Halle sind, das ebenso gut Mussolini, Erich Böhme oder Manfred Krug darstellen könnte. Aber um ästhetische Fragen geht es den Gegnern des Denkmals, die im Zweijahrestakt seinen Abriss fordern, auch nicht. Ihnen – allen voran der örtlichen CDU – ist primär an einer Abrechnung mit dem Antifaschismus gelegen. (Es dauert eben so seine Zeit, bis man auch in der ostdeutschen Provinz mitbekommt, dass die Zeit des staatlichen Anti-Antifaschismus seit ein, zwei Jahren vorbei ist.) Aber auch den Freunden des Denkmals, die sich unter der Parole „Teddy bleibt!“ versammeln, ist weniger daran gelegen, trauernd an einen Antifaschisten, der von den Nazis elf Jahre lang in Isolationshaft gehalten und schließlich ermordet wurde, zu denken. Wenn sie sich in unregelmäßigen Abständen mit Harken, Besen, Eimern und Putzlappen bewaffnen und vor den Steinklotz ziehen, um ihn und seine Umgebung ordentlich, sauber und rein zu halten, erinnern sie weniger an eine Trauer- und Gedenkgemeinde als an eine Therapiegruppe, die in der vielbeschworenen Aktionseinheit versucht, ihren Wasch- und Putzzwang in den Griff zu bekommen. Darüber hinaus geht es ihnen vor allem um eins: Identität. Als die DKP Halle, ihre Jugendtruppe SDAJ und die „Kommunistische Plattform“ in der PDS für den 64. Todestag Thälmanns zu einer Kundgebung vor das Denkmal aufrufen, überschrieben sie ihren Ankündigungstext mit dem Satz: „Sein Erbe leben!“ „Gerade“ Thälmanns Todestag müsse „uns [...] Verpflichtung sein, seine Ziele, Ideale und seinen Mut an die junge Generation weiterzugeben“. Sie sehen in Thälmann also nicht einfach das arme Schwein, das von den Nazis ermordet wurde; sie begreifen ihn vielmehr als Aufputzmittel und Ikone ihrer eigenen Rödelei. Für Widersprüche in der Biografie Thälmanns, politische Fehler und erst recht für all die Saereien, für die er in seiner Funktion als Parteivorsitzender der KPD verantwortlich war, ist da selbstverständlich kein Platz. Kein Wort davon, dass Thälmann einer der zentralen Protagonisten bei der Stalinisierung und „Säuberung“ der KPD war; kein Wort davon, dass der standhafte Antifaschist die Sozialdemokratie selbst 1933 noch als den größten Gegner betrachtete und die Gefahr der Nazis wie so viele Zeitgenossen unterschätzte; und kein Wort davon, dass die KPD unter Thälmanns Vorsitz nicht nur regelmäßig versuchte, die NSDAP an nationalistischer Rhetorik zu überbieten – genannt sei nur die „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ von 1930 –, sondern mit ihr auch immer mal wieder gemeinsame Sache machte. Das bekannteste Beispiel ist der Berliner Ver-

kehrsarbeiterstreik von 1932, der gemeinsam von der KPD und der NSDAP unterstützt wurde: Bei Streikversammlungen traten Nazis gemeinsam mit KPD-Rednern auf, NSDAP und KPD klebten kollektiv Plakate, und auf Initiative kommunistischer Gewerkschafter wurden zwei Nazis in die Streikleitung gewählt. Die Gewerkschafter folgten damit einer Aufforderung Thälmanns, der bereits im Vorfeld der Arbeitsniederlegungen erklärt hatte, dass „die Hereinnahme von Nazis in die Streikkomitees [...] absolut notwendig und erwünscht“ sei. In dem Comic-Strip, in den DKP und Konsorten das Leben Thälmanns verwandeln, ist selbstverständlich auch kein Platz für die Tatsache, dass Thälmann in nationalsozialistischer Haft zwar standhaft blieb und niemanden verriet, aber selbstverständlich lieber in Freiheit als im Zuchthaus gewesen wäre: Über seine Frau, die ihn gelegentlich besuchen durfte, bat er die emigrierte KPD-Führung immer wieder, den Nazis ein Angebot zu machen, ihn gegen prominente Nazis, die sich in sowjetischer Haft befanden, auszutauschen. Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht, die Thälmanns Funktionen inzwischen übernommen hatten, reagierten zur Empörung des „Alten“, wie er von beiden genannt wurde, nicht auf diese Bitte. Ein inhaftierter Vorsitzender war für die Propaganda der KPD und die Sympathiewerte, die ihr auch in Frankreich, Großbritannien und den USA entgegengebracht wurden, einfach brauchbarer als ein emigrierter. Die DKP, die SDAJ und die „Kommunistische Plattform“ dürften über diese Entscheidung froh sein: Ein ermordeter Thälmann taugt als Amphetamin für ihren eigenen „Kampf“ gegen den Verkauf kommunalen Wohneigentums, für Kindergärten und eine Wohngemeinschaft von Nachwuchsnazis, die sie regelmäßig zum „braunen Haus“ aufblasen, einfach besser als ein vergreister Erich Mielke.

V.i.S.d.P.: P. Finow, An der Magistrale 89,
06124 Halle (Saale)

Kontakt: www.bonjour-tristesse.tk
tristesse@freenet.de